

Tobias Wunschik

Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung
ihrer "Sektion DDR" durch das MfS

Bitte zitieren Sie diese Online-Publikation wie folgt:

Tobias Wunschik: Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer "Sektion DDR" durch das MfS (BF informiert 18/1997). Hg. BStU. Berlin 1997.

<http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421306089>

Mehr Informationen zur Nutzung von URNs erhalten Sie unter

<http://www.persistent-identifizier.de/>

einem Portal der Deutschen Nationalbibliothek.

Die Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen
der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der
Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Schutzgebühr für diese Lieferung: 2,50 €

Berlin 1997

ISBN 978-3-942130-60-8

urn:nbn:de:0292-97839421306089

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Die KPD/ML in der Bundesrepublik	5
3	Die Entstehung der "Sektion DDR"	10
4	Aufklärung, Infiltration und Zerschlagung der "Sektion DDR" durch das MfS	15
4.1	Aufklärung und Infiltration	15
4.2	Die Zerschlagung der "Sektion DDR"	22
4.3	Die öffentlichen Proteste der KPD/ML	26
4.4	Die "Bearbeitung" der Inhaftierten	28
4.5	Prävention gegen einen Wiederaufbau der "Sektion DDR"	29
4.6	Der illegale Sender der KPD/ML	32
4.7	Abschluß der Bearbeitung	37
5	Resümee	38
	Abkürzungsverzeichnis	44

1 Einleitung

Im Herbst 1981 veröffentlichte die Illustrierte "Stern" Photos von vier Bundesbürgern, die sich in aller Öffentlichkeit auf dem Ostberliner Alexanderplatz angekettet hatten.¹ Sie wollten darauf aufmerksam machen, daß zuvor im Osten Deutschlands mehrere Gesinnungsgenossen verhaftet worden waren.² Was man im Westen seinerzeit erstaunt zur Kenntnis nahm, dokumentieren heute die Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) sehr genau: Im "Arbeiter-und-Bauern-Staat" kämpfte eine Handvoll Maoisten unter dem Namen "Sektion DDR der KPD/ML" verbissen gegen die SED-Machthaber und wurde nach anfänglichen "Erfolgen" zur leichten Beute für den Staatssicherheitsdienst.

Diese maoistische Spielart des gesellschaftlichen Protests im SED-Staat hat bislang wenig Beachtung gefunden.³ Die "Sektion DDR der KPD/ML" ist jedoch weniger von Interesse, weil ihre Anhänger ein hohes Maß an politischem Fundamentalismus an den Tag legten, sondern weil sie mit einer für die siebziger und achtziger Jahre ungewöhnlichen Militanz und konspirativer Energie aufbegehrten. Damit einher ging, was die eigentliche Bedeutung des Themas ausmacht, eine außergewöhnlich intensive Bearbeitung der "Sektion DDR" durch das MfS. Die differenzierten Maßnahmen der ostdeutschen Geheimpolizei gegen diese Organisation lassen exemplarisch die MfS-typische Abfolge von präziser Aufklärung, systematischer Infiltration und anschließender Zerschlagung des "Feindobjektes" erkennen und sind insofern beispielhaft für die Methodik politischer Repression im SED-Staat.⁴

Letztlich gerieten hier zwei Organisationen miteinander in Konflikt – der Geheimdienstapparat des MfS und der Parteiapparat der KPD/ML –, deren Weltanschauung gleichermaßen auf dem Marxismus-Leninismus fußte. Beide waren ihrem Selbstverständnis nach Sachwalter der Interessen der "Arbeiterklasse" und ständig auf der Suche nach politischen "Abweichungen". Außerdem bedienten sich beide konspirativer Arbeitsmethoden. Vermutlich aufgrund dieser

¹ Vgl. Stern Nr. 49/1981.

² Vgl. Der Spiegel Nr. 35/1981, S. 35–38.

³ Vgl. zuerst Karl Wilhelm Fricke: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984, S. 186–188. Fricke mußte seinerzeit noch offenlassen, ob die vollmundigen Behauptungen der KPD/ML über ihre vielfältigen Aktivitäten in Ostdeutschland der Wahrheit entsprachen. Wolfgang Rüdtenklau: Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989, Berlin 1992 (künftig: Rüdtenklau: Störenfried), S. 21f., schätzte Entwicklung und Tätigkeitsfeld der "Sektion DDR" zutreffend ein, vermochte aber die Unterwanderung dieser Organisation durch das MfS noch nicht zu ermessen. Martin Jander, Matthias Manrique und Barbara Strenge: DDR-Opposition in den 70er und 80er Jahren, in: Klaus Schroeder (Hrsg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994, S. 233–250, hier 236, nehmen ebenfalls auf die "KPD/ML der DDR" Bezug und beklagen die "spärlichen Darstellungen" über die "träumenden ostdeutschen Sozialisten". Wilfriede Otto: Widerspruch und abweichendes Verhalten in der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. VII/2, Baden-Baden 1995 (künftig: Enquete-Kommission, Bd. VII/1 und VII/2), S. 1437–1491, hier 1463 (künftig: Otto: Widerspruch) stellt unter Bezugnahme auf die KPD/ML fest: "Welchen Einfluß solche Gruppen tatsächlich ausübten, ist noch ein Forschungsproblem."

⁴ Vgl. allgemein Wolfgang Templin, Sigrun Werner und Frank Ebert: Der Umgang des Staates mit oppositionellem und widerständigem Verhalten, in: Enquete-Kommission, Bd. VII/2, S. 1654–1705 (künftig: Templin u. a.: Umgang des Staates).

Parallelen trug die Auseinandersetzung ihrer "Apparate", wie zu zeigen sein wird, streckenweise realsatirische Züge.⁵ So grotesk dieses Drama im Rückblick auch immer erscheinen mag: Für die betroffenen Aktivisten der "Sektion DDR" hatte ihr Engagement fatale Konsequenzen. Einige von ihnen mußten etliche Jahre in den Haftanstalten des SED-Regimes zubringen.

2 Die KPD/ML in der Bundesrepublik

Alle Akteure auf dem Alexanderplatz waren Anhänger der "Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten" (KPD/ML).⁶ Diese maoistische, später proalbanisch orientierte Partei in der Bundesrepublik war maßgeblich von dem Hamburger Journalisten Ernst Aust (Jahrgang 1923) aufgebaut worden. Er war in den fünfziger Jahren Mitglied der alten KPD, die im Jahre 1956 wegen ihrer "aktiven, kämpferischen Haltung" gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch das Bundesverfassungsgericht verboten wurde.⁷ Aust engagierte sich als Herausgeber und Redakteur der KPD-nahen Zeitung "Dat Blinkfüer" und wurde wegen des Abdrucks von Wahlaufufen kommunistischer Kandidaten strafrechtlich belangt.⁸ Als die Zeitung 1963 eingestellt wurde, eignete er sich ohne Erlaubnis seiner Partei sämtliche 5.000 Bezugsadressen der Abonnenten an. Schon in den Jahren davor hatte sich Aust von der ideologischen Linie der Partei immer mehr distanziert.

⁵ Vgl. Joachim Oertel: Feindberührung. Das Ministerium für Satire (MfS) schlägt zurück ..., Berlin 1995.

⁶ In der Bundesrepublik trugen im Laufe der Jahre eine Vielzahl unterschiedlicher Parteien den Titel "KPD". Um Verwechslungen von vornherein auszuschließen, wird im folgenden, wie in der Literatur üblich, die hier zur Diskussion stehende Gruppierung durchgehend als KPD/ML bezeichnet, obwohl sie, als im März 1980 die unter der Führung von Christian Semler stehende KPD (nicht zu verwechseln mit der SED-nahen verbotenen KPD, die 1968 als DKP wiedergegründet worden war) von der Bildfläche verschwand, umgehend den frei gewordenen Namen KPD übernahm. Vgl. Karl Schlögel, Willi Jasper und Bernd Ziesemer: Partei kaputt. Das Scheitern der KPD und der Linken, Berlin 1981. Zur KPD/ML vgl. besonders Jürgen Bacia: Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, in: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 2: FDP bis WAV, Opladen 1984, S. 1831–1851 (künftig: Bacia: KPD/ML).

⁷ Vgl. Gerd Pfeiffer und Hans-Georg Strickert (Hrsg.): KPD-Prozeß. Dokumentarwerk, 3 Bde., Karlsruhe 1956; Christian Bockemühl: 25 Jahre nach dem KPD-Verbot, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. B 46/1981, S. 3–12; Werner Hill: Kommunisten in der streitbaren Demokratie, in: Neues Hochland 1972, S. 261–273; Harri Reinert: Die Demokratie schützt sich selbst. Parteiverbote in der Bundesrepublik, Berlin 1960. Zur KPD bzw. DKP vgl. u. a. Dietrich Staritz: Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 2: FDP bis WAV, Opladen 1984, S. 1663–1809; Siegfried Heimann: Die Deutsche Kommunistische Partei, in: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 1: AUD bis EFP, Opladen 1983, S. 901–981; Georg Fülberth: KPD und DKP. 1945–1990, Heilbronn 1992; Manfred Wilke, Hans-Peter Müller und Marion Brabant: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte, Organisation, Politik, Köln 1990; Manfred Wilke und Hans-Peter Müller: SED-Politik gegen die Realitäten. Verlauf und Funktion der Diskussion über die westdeutschen Gewerkschaften in SED und KPD/DKP 1961 bis 1972, Köln 1990; Heinz Stehr und Rolf Priemer (Hrsg.): 25 Jahre DKP. Eine Geschichte ohne Ende, Essen 1993; Herbert Mies: Fremdbestimmt? Abhängigkeit und Unabhängigkeit der DKP, Großsachsen 1995; Hans Kluth: Die KPD in der Bundesrepublik, Köln 1959.

⁸ Vgl. Alexander von Brünneck: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1978, S. 177.

Auf seine Initiative hin erschien im Juli 1967 in Hamburg erstmals die neue Zeitschrift "Roter Morgen", die zur Keimzelle der KPD/ML werden sollte. In den Folgemonaten scharten sich mehrere Fraktionen der illegalen KPD um diese "Gruppe Roter Morgen" und kamen schließlich überein, genau 50 Jahre nach der Gründung der Weimarer KPD am 31. Dezember 1968 eine neue marxistisch-leninistische Partei zu gründen. Der offene Bruch mit der SED-nahen illegalen KPD war damit vollzogen; als "Zentralorgan" diente fortan der "Rote Morgen". Ortsgruppen und Landesverbände konstituierten sich, und zum "Ostermarsch" 1969 trat die Partei erstmals mit eigenen Flugblättern in der Öffentlichkeit auf. Zwei Jahre später erfolgte aufgrund interner ideologischer Streitigkeiten eine erste Spaltung in die KPD/ML-Zentralbüro (ZB) und KPD/ML-Zentralkomitee (ZK). Letztgenannte Gruppierung unter der Ägide von Aust war zwar in der Minderheit, verfügte aber über den "Roten Morgen" und konnte von der Uneinigkeit in der anderen Fraktion profitieren, so daß sie – unter Aneignung des Namens KPD/ML – als Sieger aus der Auseinandersetzung hervorging.⁹

Von den sogenannten K-Gruppen, also denjenigen Parteien der "Neuen Linken", die sich als kommunistische Partei bzw. als deren Vorläufer verstanden, waren Mitte der siebziger Jahre der Kommunistische Bund (KB), die 1970 von Jürgen Horlemann und Christian Semler gegründete Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation (KPD/AO, von 1973 bis 1980 unter dem Titel KPD), der Kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW) und die KPD/ML bundesweit aktiv. Trotz ihrer gemeinsamen Orientierung am Maoismus bezichtigten sich diese Gruppierungen unablässig gegenseitig, vom "rechten Weg abgewichen" zu sein.¹⁰ Die ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den rivalisierenden Parteien und die scharfen Wortgefechte ihrer Publikationsorgane resultierten nicht selten auch aus gruppenegoistischen Motiven.¹¹ Unbeschadet ihrer ideologisch gespeisten Beschwörungsformel, daß eine "gemeinsame Front" der Marxisten-Leninisten in der Bundesrepublik unbedingt notwendig sei, kam eine Allianz der Gruppierungen nur kurzzeitig zustande (im Oktober 1977), als sie gemeinsam gegen ein damals in der Öffentlichkeit diskutiertes Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht protestierten.¹²

Als ideologische Leitfiguren hatte sich die KPD/ML mit wechselnden Vorlieben Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao und den albanischen Staatspräsidenten Enver Hoxha auf ihre roten Fahnen geschrieben.¹³ Ihr Ziel war die "Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und [die]

⁹ Zu den ideologischen Differenzen vgl. "Zwei Wege" aus dem Sumpf des Opportunismus, Berlin 1971, 142 S.

¹⁰ Zur Kritik der KPD an der KPD/ML vgl. Wer Mao Tsetung angreift, greift den Marxismus-Leninismus an! Offener Brief an die Mitglieder und Anhänger der KPD/ML, Köln 1978; vice versa Die Hindernisse für eine prinzipienfeste Einheit der Marxisten-Leninisten müssen ausgeräumt werden! Zu den opportunistischen Positionen der GRF (KPD), Hamburg o. J. [1976].

¹¹ Vgl. Verfassungsschutzbericht 1974, S. 84.

¹² Vgl. Verfassungsschutzbericht 1977, S. 96.

¹³ Vgl. Verfassungsschutzbericht 1977, S. 100. Zum intellektuellen Niveau der Partei kritisch Heiner Karuscheit: Zur Geschichte der westdeutschen ml-Bewegung, Frankfurt a. M. 1983, S. 80–98.

Errichtung der Diktatur des Proletariats".¹⁴ Dabei waren ihre genauen Zielvorstellungen allerdings inkonsistent – so forderte die Aust-Partei die Abrüstung der Bundesrepublik, trat dessen ungeachtet aber für eine allgemeine Volksbewaffnung ein. Entsprechend ihrer Legalitätstaktik beteiligte sie sich an Landtags- und Kommunalwahlen, verhöhnte jedoch die parlamentarischen Institutionen.¹⁵

In der Anfangsphase ihrer Existenz sah sich die KPD/ML besonders der KP Chinas mit ihrem "Großen Vorsitzenden" Mao-Tse Tung verbunden. Dessen seinerzeit strikt anti-amerikanische wie auch antisowjetische Haltung korrespondierte mit der Zielsetzung der KPD/ML, das "imperialistische" System in Westdeutschland und das "sozialfaschistische" Regime in Ostdeutschland gleichermaßen zu beseitigen. Die weitere politische Entwicklung der VR China nach Maos Tod im September 1976 konnte oder mochte die KPD/ML aber nicht nachvollziehen. Sie distanzierte sich zunächst vorsichtig, ab Sommer 1977 immer deutlicher von der "Rechtsabweichung" der chinesischen Kommunisten und ließ es schließlich zum Bruch kommen. Statt dessen lehnte sie sich immer stärker an die "Partei der Arbeit Albanien" (PdAA) an, die sich ihrerseits ebenfalls von der KP Chinas entfernt hatte. 1974 wurde der "Führer des albanisch orientierten deutschen Proletariats",¹⁶ Ernst Aust, von Enver Hoxha erstmals offiziell empfangen,¹⁷ später die KPD/ML sogar zur Bruderpartei aufgewertet.¹⁸ Anstelle der prochinesischen trat somit ab 1978 eine proalbanische Ausrichtung; die Partei blieb somit ihren stalinistischen Grundsätzen treu.¹⁹ Diese Neuorientierung ging mit der kritischen Selbsteinschätzung einher, sich bisher zu sehr gegen beide politische Lager (West und Ost) gewendet zu haben – in Wirklichkeit sei der Hauptfeind der "westdeutsche Imperialismus". Gleichwohl wollte sie unverändert den Osten Deutschlands von der "Versklavung durch den sowjetischen Sozialimperialismus" befreien.²⁰

Das gute Verhältnis zur albanischen "Partei der Arbeit" war nicht von langer Dauer. Ideologische Differenzen ergaben sich bald in der Wertung der Solidarnosc-Bewegung in Polen: Während die KPD/ML das von den Arbeitern erkämpfte Streikrecht begrüßte, verurteilte Radio Tirana die Entwicklung als "konterrevolutionären Putsch". Vor allem verübelte Hoxha seinen deutschen Gesinnungsgenossen die Annäherung an die trotzkistische Gruppe Internationaler Marxisten (GIM).²¹ Seit 1984 wurden Vereinigungsgespräche geführt, die am 5. Oktober 1986 mit dem Zusammenschluß in der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) endeten.²² Die

¹⁴ Zitiert nach Verfassungsschutzbericht 1980, S. 96.

¹⁵ Vgl. Ulrich Probst: Die kommunistischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Einführung, Materialien, Bibliographie, München 1980 (künftig: Probst: Kommunistische Parteien), S. 45f.

¹⁶ Peter Schütt: Mein letztes Gefecht. Abschied und Beichte eines Genossen, Böblingen 1992, S. 18.

¹⁷ Vgl. Verfassungsschutzbericht 1974, S. 84.

¹⁸ Vgl. Probst: Kommunistische Parteien, S. 47.

¹⁹ Vgl. Verfassungsschutzbericht 1978, S. 100; Verfassungsschutzbericht 1979, S. 93.

²⁰ Zitiert nach Verfassungsschutzbericht 1981, S. 106.

²¹ Vgl. Verfassungsschutzbericht 1985, S. 97.

²² Vgl. Verfassungsschutzbericht 1986, S. 102. Die Vereinigung brachte allerdings keinen dauerhaften Zugewinn an Stärke; die Mitgliederzahl sank schon im ersten Jahr ihres Bestehens von ca. 600 auf etwa 450 Personen (vgl. Verfassungsschutzbericht 1988, S. 63).

Vereinigung bedeutete das Ende der proalbanischen Ausrichtung der KPD/ML, lediglich einzelne Splittergruppen suchten diesen Kurs fortzusetzen.²³ Hintergrund dieses Zusammenschlusses war der seit 1983 beschleunigte Niedergang der KPD/ML, der aus einer indifferenten Zielsetzung, der offenkundigen Erfolglosigkeit der jahrelangen Agitation, den internen Auseinandersetzungen über die weitere Linie sowie aus finanziellen Engpässen resultierte. Letzter Parteivorsitzender der KPD/ML war ab Herbst 1983 Horst-Dieter Koch.²⁴

Die KPD/ML erklärte wiederholt, die freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung müsse durch eine "bewaffnete", "gewaltsame Revolution" beseitigt werden.²⁵ Die Jugendorganisation der Partei "Rote Garde" sollte ihre Mitglieder "im Geiste des unausweichlichen bewaffneten Kampfes" erziehen und ihre Mitglieder auch praktisch trainieren. Im Einklang mit diesen Planspielen und der langfristigen Zielsetzung, gewaltsam eine "Diktatur des Proletariats" zu errichten, schreckte die Partei vor der Ausführung von Gewaltakten nicht zurück. Etwa 30 gewalttätige Aktionen von Mitgliedern und Anhängern der KPD/ML wurden beispielsweise im Jahre 1977 gezählt;²⁶ eine zum 1. Mai 1972 in München organisierte Demonstration endete mit über 50 verletzten Polizisten.²⁷ Subversive Neigungen zeigte die KPD/ML auch mit ihrem Appell "Hinein in die Bundeswehr" vom Februar 1969, in dem sie ausdrücklich zur Ableistung des Wehrdienstes aufrief, um auf diesem Wege marxistisch-leninistisches Gedankengut in die Streitkräfte hineinzutragen.²⁸

Die KPD/ML stellte in erster Linie ein Ideologie-Produkt der "Neuen Linken" dar; sie war entstanden, noch bevor die Außerparlamentarische Opposition zerfiel. Da sie gleichwohl von den protestierenden Studenten starken Zulauf erhielt, wurde sie von der antiautoritären 68er-Bewegung mitgeprägt, führte extensive interne Diskussionen und verzichtete anfänglich auf klare Parteihierarchien und -ämter.²⁹ Seit 1970/71 jedoch etablierten sich zusehends feste Strukturen und ließen die KPD/ML zu einer "straff organisierten Kaderpartei" werden.³⁰ Die Partei verlangte von ihren Mitgliedern nach einer Beschlußfassung strikten Gehorsam sowie hohe persönliche und finanzielle Opfer. Eine zentralistische, genuin stalinistische Parteidisziplin sorgte für die Ausgrenzung abweichender Meinungen. Bei Verstößen gegen die Parteilinie wurde psychischer und physischer Druck ausgeübt und gegebenenfalls ein Parteiausschlußverfahren in Gang gesetzt.³¹

²³ Vgl. Verfassungsschutzbericht 1986, S. 108.

²⁴ Vgl. Verfassungsschutzbericht 1984, S. 91.

²⁵ Zitiert nach Verfassungsschutzbericht 1975, S. 87f.

²⁶ Vgl. Verfassungsschutzbericht 1977, S. 111.

²⁷ Vgl. ZK der KPD/ML: 1968/69 bis 1978/79. 10 Jahre KPD/ML. 10 Jahre Kampf für ein vereintes, unabhängiges sozialistisches Deutschland, Dortmund 1979 (künftig: 10 Jahre KPD/ML), S. 89.

²⁸ Zitiert nach 10 Jahre KPD/ML, S. 55.

²⁹ Vgl. 10 Jahre KPD/ML, S. 75. Vgl. auch Wir warn die stärkste der Parteien ... Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, Berlin 1977 (künftig: Wir warn die stärkste der Parteien ...).

³⁰ Bacia: KPD/ML, S. 1838.

³¹ Vgl. Verfassungsschutzbericht 1976, S. 97, 100f. Vgl. auch Wir warn die stärkste der Parteien ...

Wie für die genannten linksextremen Splitterparteien typisch, betrieb die KPD/ML einen überzogenen Geheimhaltungskult, um sich gegen die perzipierte polizeiliche Überwachung zu wappnen und ihre illegalen bzw. vermeintlich illegalen Aktivitäten zu verschleiern. Da die Partei zugleich öffentlich für sich werben wollte, war ihr Vorgehen stets eine Mischung von legaler und illegaler Tätigkeit (unter dem Motto "so illegal wie nötig – so legal wie möglich"). Ihre Mitglieder, die sich gegenseitig nur unter Decknamen und Deckadressen kennen sollten,³² hatten genaue Anweisungen für das Abschirmen von "Treffs", das Anlegen "Toter Briefkästen", die Absicherung gegen Verfolger, das Verhalten bei Festnahmen usw.³³ Ihrer Neigung zur Verschwörerromantik folgend, sagte die Partei auch schon mal ganze Parteitage ab, wenn sie die Grundregeln der Konspiration bei der Vorbereitung der Veranstaltung verletzt sah.³⁴

Die Partei war nach den Prinzipien des "demokratischen Zentralismus" strukturiert. Ihr höchstes Beschlußgremium war der regelmäßig stattfindende "Parteitag", der, wie bei stalinistischen Parteien üblich, weitgehend als Akklamationsversammlung fungierte und den Parteivorsitzenden sowie das "Zentralkomitee" bestimmte. Dem – kontinuierlich wiedergewählten – Parteivorsitzenden Ernst Aust und dem Zentralkomitee unterstanden drei "Sektionen": Die "Sektion Deutsche Bundesrepublik", die "Sektion Westberlin" und die "Sektion DDR". Die beiden ersten "Sektionen" waren Ende der siebziger Jahre in 13 Landesverbände mit 40 Ortsgruppen organisiert. Diese waren vermutlich weitgehend identisch mit den etwa 60 Betriebsgruppen der Partei, die etwa im Hamburger Hafen oder in den Opel-Werken in Bochum bestanden. Hinzu kamen noch einige Neben- und Nachwuchsorganisationen (wie die "Rote Hilfe Deutschland", die "Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation" und die Jugendorganisation "Rote Garde"). Unter den zahlreichen Publikationen der KPD/ML war der wöchentlich erscheinende "Rote Morgen" die auflagenstärkste (10.000 Exemplare). Nach eigenen Angaben konnte die Partei 1977 über Gesamteinnahmen von 1 Million Mark verfügen, wovon 60 Prozent auf Mitgliedsbeiträge und 30 Prozent auf Spenden entfielen.³⁵ Unter den bedeutenderen K-Gruppen war die KPD/ML zwar die älteste, aber gleichwohl eine der personell schwächsten. Die Zahl ihrer Mitglieder lag vermutlich zu keinem Zeitpunkt höher als achthundert.³⁶ Als sich die Partei nach jahrelangem Boykott der Bundestagswahlen im Jahre 1980 zur Teilnahme an dem Urnengang entschloß, erhielt sie lediglich 7.160 Erst- und 9.319 Zweitstimmen,³⁷ 1983 schmolz die Stimmenzahl auf ein Drittel zusammen.³⁸

³² Vgl. Probst: Kommunistische Parteien, S. 47.

³³ Leitfaden der KPD/ML für die illegale Arbeit, abgedruckt in: Auskunftsbericht der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe [ZAIG] zu linksextremistischen und trotzkistischen Organisationen, Gruppen und Kräften und ihre gegen die DDR gerichteten Aktivitäten (Bd. II – Anlagen); BStU, ZA, ZAIG 8105, S. 27–44, hier 29.

³⁴ Vgl. 10 Jahre KPD/ML, S. 72.

³⁵ Vgl. Probst: Kommunistische Parteien, S. 47f.

³⁶ Vgl. Verfassungsschutzbericht 1981, S. 103.

³⁷ Vgl. Verfassungsschutzbericht 1980, S. 97.

³⁸ Vgl. Verfassungsschutzbericht 1983, S. 86.

3 Die Entstehung der "Sektion DDR"

Die KPD/ML agitierte nicht nur gegen das politische und gesellschaftliche System der Bundesrepublik. Sie kämpfte für eine "proletarische Revolution in ganz Deutschland". Neben dieser "nationalen" Ausrichtung ihrer Politik war vor allem ihre stalinistisch-maoistische Ideologie die Grundlage für eine erbitterte Feindschaft gegenüber dem Staatssozialismus der SED. Lediglich die Anfangsjahre der DDR konnte die Partei noch gutheißen, geißelte aber um so heftiger die politischen Korrekturen nach dem Tode Stalins. Sozialdemokratische und "revisionistische" Tendenzen hätten die Ostberliner Führung um Walter Ulbricht vom rechten Weg abgebracht, den weiterhin notwendigen "Klassenkampf" gegen die Restaurationsversuche der "Bourgeoisie" verwässert und die Massen zunehmend von der SED entfremdet. Zwangsläufige Folge, so behauptete die Partei in völliger Verkennung der tatsächlichen Ursachen, sei der Aufstandsversuch vom 17. Juni 1953 gewesen. Wachsende Lohnunterschiede, stärkere Leistungsanreize und begrenzte betriebliche Autonomie durch das Neue Ökonomische System brandmarkte sie als Wiederherstellung der "kapitalistischen Lohnsklaverei". Mit der Parteibürokratie und den Betriebsdirektoren sei eine neue, privilegierte Klasse entstanden, die sich der Produktionsmittel bemächtigt habe. Die "revolutionäre Arbeiterklasse" in der DDR für sich zu gewinnen und diese "neue Bourgeoisie" zu entmachten, war die offen bekundete Absicht der KPD/ML.³⁹ Mit dieser subversiven Intention verkündete die KPD/ML um den Jahreswechsel 1975/76 die Gründung einer eigenen "Sektion DDR".⁴⁰ Die dazugehörige Erklärung wurde am 7. Februar 1976 im "Roten Morgen" abgedruckt. Im gewohnt verbalradikalen Stil hieß es darin, die Zeit sei "längst reif, auch in der DDR den Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse in Angriff zu nehmen. [...] Nur durch eine neue gewaltsame, sozialistische Revolution können wir die sozialfaschistische Herrschaft der Honecker-Clique, die ein Vasall des russischen Sozialimperialismus ist, zerschlagen und die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und übrigen Werktätigen, die Diktatur des Proletariats, wiedererrichten."⁴¹ Schon ein paar Jahre zuvor hatte sich diese Einschätzung in der Parole verdichtet "Nieder mit Ulbricht und Brandt – alle Macht in Arbeiterhand!"⁴²

Während die KPD/ML schon im Jahre 1968 entstanden war und von der Bundesrepublik aus nun die Gründung einer ostdeutschen Parteiorganisation verkündete, ist die Keimzelle der "Sektion DDR" innerhalb der DDR selbst zu suchen.⁴³ Dort hatten sich zu Beginn der siebziger Jahre in der elften und zwölften Klasse einer Erweiterten Oberschule (EOS) in Berlin einige Schüler zusammengefunden, die unabhängig von der offiziellen Lesart die Klassiker des Marxismus-Leninismus studieren wollten – womit sie damals nicht allein standen in der DDR. Aus ihrem Bekannten- und Familienkreis stießen weitere Interessierte hinzu, so daß sich mit der

³⁹ Vgl. 10 Jahre KPD/ML, S. 25–29.

⁴⁰ Ebenda, S. 197.

⁴¹ Zitiert nach ebenda, S. 193.

⁴² Zitiert nach ebenda, S. 61.

⁴³ Vgl. Rüdtenklau: Störenfried, S. 21.

Zeit ein kleiner Zirkel von Berufstätigen (z. B. in der Heimerziehung oder in technischen Bereichen) und Studenten (etwa der Fächer Medizin und Philologie) bildete. Befördert durch die seinerzeit virulenten Theoriediskussionen innerhalb der "Neuen Linken" in der Bundesrepublik kamen sie bei der Lektüre der grundlegenden Werke der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie immer mehr zu der Überzeugung, daß im Realsozialismus eine weite Kluft zwischen Theorie und Praxis herrschte.⁴⁴ Auch eine altersspezifische, nicht unbedingt ideologisch begründete Auflehnung gegen die bestehenden gesellschaftlichen Zustände spielte dabei sicher eine Rolle; das Lebensalter der meisten Aktivisten lag zwischen Anfang und Mitte Zwanzig. Einer der Anführer hatte sich schon während des Prager Frühlings vom SED-Sozialismus distanziert⁴⁵ und 1969 erfolglos aus der DDR zu fliehen versucht, was mit 22 Monaten Freiheitsentzug geahndet worden war. Verschieden geartete Frustrationserlebnisse – einer von ihnen war beispielsweise bei der Ableistung seines Wehrdienstes mit seinen Vorgesetzten in heftigen Konflikt geraten – hatten zur Verfestigung ihrer Haltung beigetragen. Auch in Rostock bildete sich ein eigenständiger Kreis von Studenten mit ähnlicher politischer Ausrichtung. Weil sie an ideologischer Inspiration interessiert waren, nahmen beide Gruppen – wie andere Zirkel auch – von sich aus Kontakt zu mehreren Westberliner linksextremen Organisationen und zur albanischen Botschaft in Ostberlin auf. Die Partei von Ernst Aust zeigte sich angetan von den sich eröffnenden politischen Perspektiven und konnte so, in Absprache mit ihren ostdeutschen Anhängern, vollmundig die Gründung der "Sektion DDR" verkünden. Selbst bei großzügiger Zählung der Anhängerschar dürfte diese Organisation aber im Jahre 1976 kaum über mehr als zehn Aktivisten verfügt haben.

Die KPD/ML bemühte sich in der Folgezeit erfolgreich, innerhalb der DDR weitere Anhänger zu gewinnen und diese in sogenannten Zellen zu organisieren. Pate stand dabei offensichtlich das Zellen-System der illegalen KPD während der nationalsozialistischen Diktatur. Die DDR-Zellen wurden entweder direkt von der Parteiführung im Westen oder aber von der "Sektionsleitung DDR" innerhalb Ostdeutschlands angeleitet. Zwischen einigen dieser Zellen im Großraum Ostberlin und der "Sektionsleitung DDR" war noch die "Berliner Leitung" eingeschoben, die wiederum enge Kontakte zur "Sektion West-Berlin" pflegte. Die Steuerung der Zellen erfolgte durch sogenannte "Instrukteure" aus dem Westen. Sie waren zuständig für die Weitergabe von Anweisungen und die Durchführung von Schulungen, wozu sie regelmäßig zu sogenannten "Treffs" in die DDR einreisten. Die Versorgung mit Flugblättern, Grundsatzdokumenten, Farben und anderen Dingen für die praktische Untergrundarbeit übernahmen sogenannte "Kuriere", die ebenfalls aus der Bundesrepublik kamen.

⁴⁴ Vgl. Sachstandsbericht der AG XXII der BV Berlin zum gegenwärtigen Stand der Bearbeitung der "KPD" – Sektion DDR vom 18.1.1982; BStU, ZA, AU 2409/83 Bd. 3, Bl. 206–214. Vgl. Ferdinand Kroh: Havemanns Erben – 1953 bis 1988, in: Ferdinand Kroh (Hrsg.): Freiheit ist immer Freiheit ..., Berlin 1988, S. 10–58, hier 16: "Die pseudorevolutionären Mai-Tage in Frankreich, die Studentenrevolte in der Bundesrepublik und der 'Prager Frühling' beeinflussten in der DDR die Entwicklung einer breiteren Opposition und provozierten vermehrtes Auftauchen von sogenannten 'Verweigerern'".

⁴⁵ Vgl. allg. Stefan Wolle: Die DDR-Bevölkerung und der Prager Frühling, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. B 36/1992, S. 35–45.

Von diesen Zellen entstanden bis zum Jahre 1980 nicht ganz ein Dutzend. Sie hatten in der Regel drei bis fünf Mitglieder. Oberste Pflicht war die Konspiration: Die Angehörigen verschiedener Zellen durften einander nicht mit Namen und genauen Parteifunktionen kennen, und Zusammenkünfte von mehr als sechs Personen galten prinzipiell als zu riskant. Die Gesamtzahl der ostdeutschen Mitglieder und Unterstützer der KPD/ML dürfte in diesem Zeitraum bei rund drei Dutzend Personen gelegen haben. Hinzu kamen noch etwa 50 bis 60 Sympathisanten, die direkten persönlichen Kontakt zu dem erstgenannten Kreis hatten. Als "Verbindungsleute" zwischen dem Parteiapparat im Westen und der "Sektion DDR" setzte die KPD/ML von der Bundesrepublik aus insgesamt etwa 20 Instruktoren und rund 30 Kuriere ein.

Die Entscheidung über die Generallinie der Partei oblag dem Zentralkomitee der KPD/ML im Westen. Wie bei stalinistischen Parteien üblich, waren bis zur Entscheidungsfindung Diskussionen der Zellenmitglieder erwünscht, nach der Beschlußfassung aber Parteidisziplin und Linientreue Pflicht. Über die Besetzung von Posten im Parteiapparat wurde stets von oben herab entschieden. Die ostdeutschen Anhänger hatten sich zu fügen, wenn die Parteileitung im Westen die Leiter der ostdeutschen Zellen neu einsetzte oder "bestätigte". Der ursprünglich autonom entstandene Kreis von Ostdeutschen geriet also schnell unter die Vorherrschaft einer westdeutschen Parteiführung. Den im Vergleich zur Bundesrepublik erheblich schwierigeren Bedingungen der "Parteiarbeit" wurde Rechnung getragen, indem auf Konspiration ganz besonders geachtet wurde. Außerdem honorierte die Aust-Partei die mühevollen und gefährlichen Arbeit ihrer wenigen ostdeutschen Anhänger, indem sie die "Kandidatenzeit" (Dauer der Probezeit bis zur vollwertigen Parteimitgliedschaft) von ein bis zwei Jahren, wie im Westen üblich, auf drei Monate verkürzte. Als Mitgliedsbeitrag waren immerhin acht Prozent des Bruttolohnes vorgesehen.⁴⁶

Schwerpunkt der Tätigkeit der KPD/ML innerhalb der DDR war die Rekrutierung von Anhängern und Sympathisanten. Diese hofften, die Parteiaktivisten zu gewinnen, indem sie gezielt Personen auswählten, die ihnen für maoistisches Gedankengut empfänglich erschienen und sie, sich selbst anfänglich bedeckt haltend, ansprachen. In Frage kamen insbesondere Personen, deren "entwicklungsfähige" politische Präferenzen den Anhängern der "Sektion DDR" zu Ohren gekommen waren oder die bereits Kontakte zur albanischen Botschaft in Ostberlin unterhielten (weil sie mit der Partei der Arbeit Albaniens sympathisierten), aber auch einfach ostdeutsche Verwandte von bundesdeutschen Parteigängern. Außerdem wurde vom Westen aus Propagandamaterial an DDR-Bürger verschickt, die willkürlich aus ostdeutschen Telefonbüchern ausgewählt worden waren.

Durch möglichst spektakuläre Aktionen hoffte die "Sektion DDR" außerdem, das Interesse der ostdeutschen Öffentlichkeit zu wecken. So wurden ab 1976 zahlreiche Flugblätter anonym verbreitet, öffentliche Gebäude mit Parolen beschmiert und Klebezettel auf Straßenbahnen

⁴⁶ Vgl. Operativinformation der Abteilung XXII zu dem Treff zwischen einem Instrukteur der KPD/ML und Mitgliedern einer Zelle in der DDR vom 11.12.1977; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd. 2, Bl. 200–205.

geklebt. Gedacht wurde ferner an so aufwendige Verfahren wie den mittels Glimmschnur gesteuerten Flugblattabwurf von selbstfabrizierten Ballons aus. Eigens im Westen produziert wurde eine separate "Ausgabe DDR" des "Roten Morgen", die dann in die DDR eingeschleust und von den Zellenmitgliedern per Briefkasteneinwurf verteilt wurde. Die Zeitschrift war somit das "erste regelmäßige oppositionelle Blatt" in der DDR.⁴⁷ "Ich persönlich", so eine der Beteiligten in einer Vernehmung, "sah in der Verbreitung der verschiedenen Ausgaben der Zeitung 'Roter Morgen' eine Möglichkeit, propagandistisch auf die Werktätigen der DDR einzuwirken, damit die Kräfte für eine bewußte Umgestaltung der Gesellschaft in der DDR zu sammeln und vorzubereiten."⁴⁸

Kleinere Verteilaktionen von selbstgefertigten Handzetteln sollten die DDR-Zellen selbständig planen, vorbereiten und ausführen, um auf das politische Tagesgeschehen reagieren zu können. Dabei entwickelten die ostdeutschen Anhänger der KPD/ML eine beachtliche Aktivität. Als es etwa im Januar 1979 die DDR-Aktivitäten zu verstärken galt, plazierten die Aktivisten in Ostberliner Briefkästen innerhalb von zehn Monaten insgesamt 25 unterschiedliche Flugblätter in 547 verschiedenen Verteilungsaktionen.

Die Partei versuchte aber nicht nur Eigenwerbung zu betreiben, sondern bemühte sich auch um Informationen über die innere Lage in der DDR. "Stimmungsberichte" der ostdeutschen Zellenmitglieder wurden zu propagandistischen Zwecken anonym im "Roten Morgen" abgedruckt und mit präzisen Angaben über Versorgungsengpässe und Korruption untermauert. Ambivalent war die Haltung der "Sektion DDR" gegenüber anderen Formen des Protests gegen das SED-Regime. Zwar war sie erfreut über jede Form von politischer Abweichung, da sie so neue Anhänger zu gewinnen hoffte (zumal auch widerständige Kräfte in der Regel sozialistisch orientiert waren). Zugleich aber fürchtete die Partei, diese könnten einen anderen Weg zum Sozialismus wählen als denjenigen, den sie selbst als den richtigen ausgemacht hatte. In diesem Zusammenhang beauftragte die Parteiführung ihre ostdeutschen Zellen, ideologisch "zuverlässige" Mitglieder in andere ostdeutsche Oppositionsgruppen "einzuschleusen".⁴⁹ Dies scheint der "Sektion DDR" zwar nicht gelungen zu sein, doch sind immerhin vereinzelte Kontakte zu anderen, prominenteren oppositionellen Zirkeln dokumentiert.⁵⁰

Voraussetzung für das Agieren der "Sektion DDR" war die Aufrechterhaltung von Kommunikationsstrukturen zwischen der Parteileitung im Westen und den Zellenleitern in der DDR. So nutzten die westdeutschen Instruktoren die Möglichkeiten des innerdeutschen Reiseverkehrs, um als Transitreisende an den Fernstraßen, während Tagesreisen nach Ostberlin

⁴⁷ Wolfgang Rüdtenklau: Außenpolitische Kontakte der DDR-Opposition, in: Horch und Guck 2 (1995), S. 31–34, hier 31 (künftig: Rüdtenklau: Außenpolitische Kontakte). Siehe auch Jacques Poumet: Die Leipziger Untergrundzeitschriften aus der Sicht der Staatssicherheit, in: Deutschland Archiv Nr. 1/1996, S. 67–85.

⁴⁸ Protokoll der Vernehmung einer Beschuldigten vom 5.1.1982; BStU, ZA, AU 2409/83 Bd. 5, Bl. 167–170.

⁴⁹ Vgl. Eröffnungsbericht der Abteilung XXII/1 zum OV "Sektion" vom 27.4.1979; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd. 1, Bl. 40–62 (künftig: Eröffnungsbericht zum OV "Sektion").

⁵⁰ Vgl. Zeitzeugenbericht von Thomas Auerbach, in: Enquete-Kommission, Bd. VII/1, S. 161.

oder auf den Leipziger Frühjahrs- und Herbstmessen mit ihren DDR-Zellen Verbindung aufzunehmen.⁵¹ Auch richtiggehende Einreisen in die DDR wurden zu diesem Zweck unternommen. Nach dem Grenzübertritt, durchgeführt meist mit "echten Papieren", gaben sich die Instrukteure bewußt unauffällig und bemühten sich, etwaige Verfolger abzuschütteln. Dann erschienen sie zur verabredeten Zeit am Treffpunkt; war der jeweilige Zellenleiter nicht zugegen, wurde ein "Ersatztreff" wahrgenommen (meist eine Woche später am selben Ort). Ständig um Sicherheit und Tarnung bemüht, wurden zunehmend auch Treffen in anderen sozialistischen Staaten durchgeführt; besonders beliebt war die tschechoslowakische Hauptstadt Prag.⁵²

Ein typisches Beispiel für die Werbungsverfahren und die Verbindungen der KPD/ML ist die Reise einer ihrer Instrukteure vom März 1977. Während seines kurzen Aufenthaltes im "Arbeiter-und-Bauern-Staat" konnte dieser Instrukteur einen der Partei von früher bekannten Frührentner in Lübbenau für das Gedankengut der KPD/ML erwärmen. Dieser Alt-Stalinist war früher FDJ-Mitglied im Ruhrgebiet gewesen, hatte nach seiner Übersiedlung in die DDR die Entstalinisierung jedoch nicht nachzuvollziehen vermocht und war insofern von vornherein ganz auf "Parteilinie". Zusammen mit seiner Ehefrau wurde er zur Mitarbeit gewonnen; gemeinsam bildeten sie dann die "Zelle Cottbus" der "Sektion DDR". Zur Aufrechterhaltung der Kommunikation wurden dem Ehepaar verschiedene Deckadressen sowie die Nummern von Decktelefonen im Westen übergeben; die Zelle selbst sollte sich "Tote Briefkästen" innerhalb der DDR organisieren (etwa in öffentlichen Parkanlagen), mittels derer Nachrichten unauffällig ausgetauscht werden konnten. Etwa alle zwei Monate reiste der Instrukteur bzw. ab Mai 1978 ein Nachfolger in die DDR ein.

Den "Nachschub" an Propagandamitteln schmuggelten die Kuriere über die Grenze. Allein für die "Zelle Cottbus" wurden bis April 1979 mit der Hilfe einer Handvoll Kuriere 3.000 Exemplare der "Ausgabe DDR" des "Roten Morgen", etliche parteiinterne Materialien, ein Eigenbau-Druckapparat für den Abzug von jeweils 50 Matrizen, ein Eigenbau-Rollapparat, eine Schreibmaschine, eine Kleinbildkamera sowie Druckfarbe und Stempelkissen eingeschleust.⁵³ Besonders beliebt war die Mitnahme der Materialien im Transitzug D 359 (München–Nürnberg–Berlin). In diesem Fall wurden die gebündelten Flugblätter überbracht, indem sie, wie zuvor genau geplant, an einer bestimmten Stelle aus dem fahrenden Zug heraus abgeworfen wurden. Sollten die Materialien mit dem Pkw eingeführt werden, geschah der Transport zumeist mit Hilfe eines präparierten Feuerlöschers im Fahrzeug des Kuriers. Die Sendung wurde dann an einem präzise verabredeten (und zuvor bereits genau ausgekundschafteten) Parkplatz an den Transitstrecken abgelegt, vor allem an der damals noch nicht zur Autobahn ausgebauten Fernstraße 5 zwischen Westberlin und Hamburg. Die KPD/ML hielt diese Methoden der

⁵¹ Vgl. Eröffnungsbericht zum OV "Sektion".

⁵² Vgl. Sachstandsbericht der Abteilung XXII/1 zum OV "Sektion" vom 8.2.1980; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd. 1, Bl. 79–99 (künftig: Sachstandsbericht vom 8.2.1980).

⁵³ Vgl. Sachstandsbericht vom 8.2.1980.

konspirativen Materialübergabe, so der spätere Parteivorsitzende Horst-Dieter Koch, für "fast 100%ig" sicher.⁵⁴

Aus der "Zelle Cottbus" entwickelte sich unter Anleitung desselben Instruktors im Juli 1977 eine weitere Zelle in Berlin sowie einen Monat später die "Zelle Magdeburg". Diese im Sinne der Partei so hoffnungsvolle Entwicklung prämierte die KPD/ML, indem sie die beiden Anhänger der Zelle "Cottbus" im Dezember 1977 zu beitragszahlenden Parteimitgliedern ernannte.¹

4 Aufklärung, Infiltration und Zerschlagung der "Sektion DDR" durch das MfS

4.1 Aufklärung und Infiltration

Aus der Sicht des Ministeriums für Staatssicherheit war die KPD/ML diejenige Organisation, die sich unter den linksextremen Parteien der Bundesrepublik am stärksten gegen das SED-Regime engagierte.⁵⁵ Die Agitation der Aust-Partei und erst recht ihre konkreten Bemühungen, unter den DDR-Bürgern an Einfluß zu gewinnen, mußten die ostdeutsche Geheimpolizei auf den Plan rufen. Der Staatssicherheitsdienst hatte von jeher apodiktisch eingeschätzt, daß politische Abweichungen vom Kurs der SED nur aus westlichem Einfluß heraus resultieren könnten. Nun schickte eine westliche Organisation sich an, die DDR systematisch zu "unterwandern", den "politischen Untergrund" zu "steuern" und "feindliche Stützpunkte im Inneren der DDR" zu schaffen. Auch daß die "feindlich-negativen Kräfte" so sehr bemüht waren, ihre Aktivitäten konspirativ zu tarnen, entsprach dem Feindbild des MfS. Und daß die "politisch-ideologische Diversion" im Gewande des Marxismus-Leninismus daherkam, erschien den Stasi-Ideologen nur als ein besonders perfider Schachzug. Trotzistische oder maoistische Abweichungen vom SED-Sozialismus (bzw. das, was das MfS dafür hielt) bekämpfte das Ministerium deshalb mit besonderer Vehemenz.

Handlungsbedarf sah das MfS bereits, als der autonom in Ostberlin entstandene Zirkel seine West-Kontakte intensiviert und sich ab 1975 die Anzeichen verdichteten, daß die bundesdeutsche KPD/ML die Gruppe als "Sektion DDR" unter ihre Fittiche zu nehmen beabsichtigte. Erich Mielke erklärte die Angelegenheit zur Chefsache⁵⁶ und forderte wiederholt, die

⁵⁴ Vgl. Information der Abteilung II der HV A vom 1.2.1982 über ein persönliches Gespräch mit dem Mitglied des Zentralkomitees der KPD und verantwortlichen Funktionärs für die "Sektion DDR der KPD", Horst-Dieter Koch; BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 275–278.

⁵⁵ Vgl. Auskunftsbericht der ZAIG vom 25.10.1979 zu linksextremistischen und trotzkistischen Organisationen, Gruppen und Kräften und ihre gegen die DDR gerichteten Aktivitäten (Bd. I); BStU, ZA, ZAIG 8104, S. 7.

⁵⁶ Schreiben Erich Mielkes vom 3.3.1976: Hinweise auf verstärkte maoistische Aktivitäten gegen die DDR; BStU, ZA, DSt 102142.

Aufklärung der "Sektion DDR" "maximal zu verstärken".⁵⁷ Die Bearbeitung sollte nicht bloß auf die Auflösung der "Sektion DDR" abzielen, sondern auch auf die Zerschlagung der Aust-Partei im Westen.⁵⁸ Noch weiter gingen Überlegungen der für die "Terrorabwehr" zuständigen Abteilung XXII, "gleichzeitig diese feindlichen Kräfte an ihrer Ausgangsbasis (BRD/Westberlin) durch geeignete Maßnahmen zu zersetzen, gegeneinander auszuspielen und in verschärfte Auseinandersetzungen mit rechtsextremistischen Kreisen sowie dem Machtapparat in der BRD und in Westberlin zu verwickeln".⁵⁹

Fanden innerhalb der DDR politisch nicht genehme Flugblätter Verbreitung oder zierten gar SED-feindliche Parolen die Hauswände, war für die Bearbeitung dieser "staatsfeindlichen Hetze", wie es im Stasi-Jargon hieß, traditionell die Hauptabteilung XX (Politischer Untergrund) federführend zuständig.⁶⁰ Bei dem Bestreben, die sich rasch erweiternden Kontakte der KPD/ML in die DDR aufzuklären, tat sich diese Diensteinheit offensichtlich recht schwer – möglicherweise nicht zuletzt deswegen, weil außer ihr noch etliche andere Abteilungen des MfS an der Bearbeitung partizipieren wollten. Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) stellte jedenfalls im Oktober 1979 fest, daß es in den vorausgegangenen eineinhalb Jahren nicht gelungen sei, die zentrale Zuständigkeit der Hauptabteilung XX bei der Erfassung der Deck- und Kontaktadressen der KPD/ML und der Einleitung von Fahndungsmaßnahmen sicherzustellen. Da die Aufklärung der Organisation mittlerweile aber so weit fortgeschritten sei, daß ihrer Zerschlagung nichts mehr im Wege stehe, sei jetzt eine zentrale Federführung für das weitere Vorgehen unbedingt notwendig.⁶¹ Wenig später erließ Erich Mielke den Befehl 17/79⁶² und übertrug darin der Abteilung XXII die Federführung.

⁵⁷ Schreiben Gerhard Neibers an Harry Dahl vom 3.12.1982; BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 6–8 (künftig: Schreiben Neibers vom 3.12.1982).

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Vgl. den nicht bestätigten Jahresplan 1976 der Abteilung XXII vom 30.1.1976; BStU, ZA, HA XXII 5778, Bl. 1471–1513, hier 1484.

⁶⁰ Vgl. Dienstanweisung 2/71 vom 26.6.1971 zur Leitung und Organisierung der politisch-operativen Bekämpfung der staatsfeindlichen Hetze; BStU, ZA, DSt 101082. Vgl. auch Rainer Schottlaender: Das teuerste Flugblatt der Welt. Dokumentation einer Großfahndung des Staatssicherheitsdienstes an der Berliner Humboldt-Universität, Berlin 1993.

⁶¹ Vgl. Auskunftsbericht der ZAIG zum Stand und Ergebnissen der politisch-operativen Arbeit bei der Aufklärung und Bekämpfung linksextremistischer und trotzkistischer Organisationen, Gruppen und Kräfte vom 26.10.1979; BStU, ZA, Neiber 92, Bl. 43–57 (künftig: Auskunftsbericht der ZAIG vom 26.10.1979).

⁶² Vgl. Befehl 17/79 vom 8.12.1979 zur Aufklärung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung subversiver Pläne, Absichten und Maßnahmen linksextremistischer und trotzkistischer Organisationen, Gruppen und Kräfte; BStU, ZA, DSt 102619. Seine Bedeutung liegt denn auch mehr in einer MfS-internen Abgrenzung von Zuständigkeiten und in dem Versuch, die vermeintlich gewalttätigen Gegner des SED-Regimes zentral von einer einzigen Diensteinheit bearbeiten zu lassen (siehe auch Anm. 166), als in einer Reintensivierung der Verfolgung von politischen "Abweichungen". Vgl. die diesbezügliche Einschätzung von Wilfriede Otto: "Obgleich bei dem Mielke-Befehl [17/79] die erwähnte Problematik des Anarchismus und der 'Linksterroristenprozesse' in der Bundesrepublik der siebziger Jahre als Hintergrund nicht ganz ausgeblendet werden können, erscheint mir doch etwas anderes wesentlich. Wie zu Stalins Zeiten lanciert er politische Auseinandersetzungsprobleme der kommunistischen Bewegung in die geheimdienstliche Kontrolle, Überwachung und Fahndung. Dem Inhalt des Befehls [...] kam globale Bedeutung zu." Otto: Widerspruch, S. 1463.

Bei dieser Entscheidung, der eigentlich für die "Terrorabwehr" zuständigen Abteilung XXII⁶³ die Verantwortung zu übertragen, spielte eine Rolle, daß die Gefährlichkeit und die Gewaltbereitschaft der "KPD/ML" erheblich überschätzt wurde. Die Bearbeitung der nach Ostdeutschland gerichteten Aktivitäten dieser bundesdeutschen Splitterpartei wurde so zur vorrangigen Aufgabe der Unterabteilung 1 der Abteilung XXII (ab 1981 Unterabteilung 3) sowie mehrerer Arbeitsgruppen XXII der Bezirksverwaltungen. Ferner waren nach wie vor die Linie XX (Politischer Untergrund), die Hauptverwaltung Aufklärung/HV A (die sich besonders gegen die KPD/ML im Westen richtete) und die für Spionageabwehr zuständige Hauptabteilung II aktiv. Letztere überwachte die Kontakte der KPD/ML zur albanischen Botschaft in Ostberlin. Die strafrechtlichen Ermittlungen übernahm das Untersuchungsorgan des MfS, die Hauptabteilung IX, gegen inhaftierte Anhänger der Partei arbeitete die für Haftanstalten zuständige Hauptabteilung VII, galt es KPD/ML-Anhänger zu beschatten, war die für Beobachtungen verantwortliche Hauptabteilung VIII zur Stelle, und die Hauptabteilung III (Funkaufklärung und -abwehr) leistete besonders bei der Aufklärung des Piratensenders (siehe Kap. 4.6) eine wichtige Hilfestellung.

Durch die von Mielke geforderte offensive Bearbeitung sahen sich die zuständigen Mitarbeiter vor beachtliche Schwierigkeiten gestellt. Zu schaffen machte dem Staatssicherheitsdienst nämlich – zumindest in der Anfangsphase – die konspirative Abschirmung der KPD/ML-Aktivitäten. "Die operative Bearbeitung solcher Kräfte wird erschwert durch deren konspirativen Arbeitsstil und das in diesen Gruppen vorhandene Mißtrauen, das zu einer gewissenhaften und einen längeren Zeitraum umfassenden Überprüfung von neuen oder künftigen Mitgliedern führt. Hinzu kommt, daß insbesondere bei Funktionären relativ hohe Anforderungen an politische Bildung, Opferbereitschaft, Disziplin und Zuverlässigkeit gestellt werden."⁶⁴ Ansatzpunkte zur Bearbeitung waren für die Staatssicherheit offensichtlich schwer zu finden. Insgesamt wurden mindestens 24 ostdeutsche Aktivisten der KPD/ML in Operativen Vorgängen und acht weitere in Operativen Personenkontrollen gezielt "bearbeitet". In deren Umfeld beobachtete die Staatssicherheit 62 weitere Personen, die zum größten Teil in Ostberlin ansässig waren.⁶⁵

Aust selbst war zunächst (zusammen mit seiner aus der DDR stammenden Ehefrau) in einem Sondervorgang (DSV) "Hamburg" bearbeitet worden. Als Mitglied der alten KPD war er bereits in den fünfziger Jahren als offizieller Delegierter mehrfach in der DDR gewesen. Dabei hatte er

⁶³ Vgl. Tobias Wunschik: Die Hauptabteilung XXII: "Terrorabwehr" (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelman, Teil III/16), BStU, Berlin 1995 (künftig: Wunschik: Hauptabteilung XXII).

⁶⁴ Auskunftsbericht der ZAIG vom 26.10.1979.

⁶⁵ Dort handelte es sich um 50 Personen, im Bezirk Dresden waren es drei, in den Bezirken Frankfurt/O., Cottbus, Magdeburg und Halle je zwei und im Bezirk Karl-Marx-Stadt war es eine Person. Vgl. Vorschlag der Abteilung XXII für die Weiterführung gezielter politisch-operativer und rechtlicher Maßnahmen zur wirksamen Unterbindung subversiver Tätigkeiten der "KPD-Sektion DDR" vom 17.3.1982 (von Neiber bestätigt); BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 233–243 (künftig: Vorschlag der Abteilung XXII vom 17.3.1982).

sich politisch so wohlgefällig verhalten, daß die Bezirksverwaltung Schwerin Kontakt zu ihm aufnahm. Von einer Verpflichtung sah der Staatssicherheitsdienst damals jedoch ab (wie in solchen Fällen meist üblich), da Aust Kontakte zum Zentralkomitee der SED pflegte.⁶⁶ Bis 1976 wurde Aust nicht "direkt operativ bearbeitet".⁶⁷

Als die KPD/ML ab 1979 ihre in den Osten gerichteten Aktivitäten intensivierte, bemühte sich die Staatssicherheit verstärkt, die "Stützpunkte" der KPD/ML in der DDR aufzuklären. Ausgangspunkt waren dabei bereits vorliegende Erkenntnisse der Hauptabteilung XX über die beiden maoistischen Zirkel in Ostberlin und Rostock sowie der Hauptabteilung II über ostdeutsche Besucher in der albanischen Botschaft in Ostberlin. Beide Diensteinheiten verfügten bereits 1979 über inoffizielle Mitarbeiter, die in der "Sektion DDR" oder in ihrem unmittelbaren Umfeld tätig waren. Mit deren Hilfe erkundete das MfS nach und nach die Kontakte von KPD/ML-Mitgliedern untereinander sowie bestehende Kurier- und Instruktorsverbindungen in den Westen. Personelle Querverbindungen ermittelte die Staatssicherheit beispielsweise, indem sie die Reisenden in Transitzügen, aus denen Material abgeworfen wurde, überprüfte und ihre üblichen Mittel der Postkontrolle, Telefonüberwachung und Postzollfahndung einsetzte.⁶⁸ Eingeschmuggelte Gegenstände ließ sie auf Fingerabdrücke untersuchen.⁶⁹ Waren die Kuriere erst einmal identifiziert, wurden sie von der Hauptabteilung VIII (Beobachtung und Ermittlung) bei jeder weiteren Einreise überwacht.⁷⁰

Die federführende Abteilung XXII konzentrierte ihre Aufklärungstätigkeit zunächst auf die beiden westdeutschen Instruktoren der KPD/ML (sowie acht ebenfalls in der Bundesrepublik wohnhafte Kuriere), welche die bereits erwähnte "Zelle Cottbus" der "Sektion DDR" steuerten bzw. mit Material versorgten (OV "Sektion"). Die Identität des bereits erwähnten Rentnerehepaares hatte das MfS rasch ermittelt. Die Abteilung XXII kontaktierte die beiden Zellenmitglieder, konnte sie "umdrehen", als IM gewinnen und fortan gegen die KPD/ML einsetzen.⁷¹ Die beiden IM wurden später auch zu Treffen mit KPD/ML-Funktionären in die Bundesrepublik geschickt. Von den 35 Kontaktaufnahmen, die Kuriere und Instruktoren der KPD/ML zwischen Mai 1977 und März 1980 mit der "Zelle Cottbus" durchführten, konnte das MfS lediglich in vier Fällen nicht genau ermitteln, wer westlicherseits daran beteiligt war. Aber auch diese Treffen bzw. Materialübergaben hatte das Ministerium unter "operativer Kontrolle"; die Weiterverbreitung der Propagandaschriften ließ das MfS immer dann zu, wenn dies taktisch sinnvoll erschien, das heißt, wenn es sich von der kontrollierten Weitergabe weitere Aufschlüsse über die Struktur und die Arbeitsweise der "Sektion DDR" erhoffte.⁷² Nicht selten war es das

⁶⁶ Vgl. BStU, ASt Schwerin, AP 604/59; Sachstandsbericht der Abteilung XXII zum DSV "Hamburg" vom 21.6.1978; BStU, ZA, AP 4688/91, Bl. 11–20.

⁶⁷ Vgl. Sachstandsbericht der Abteilung XXII vom 8.6.1976; BStU, ZA, AP 4688/91, Bl. 58–62.

⁶⁸ Vgl. Operativplan zum OV "Sektion" vom 19.6.1979; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd. 1, Bl. 71–76.

⁶⁹ Vgl. Sachstandsbericht der Abteilung XXII/3 zum OV "Sektion" vom 30.4.1981; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd. 1, Bl. 108–114 (künftig: Sachstandsbericht vom 30.4.1981).

⁷⁰ Vgl. Operativplan zum OV "Sektion" vom 2.4.1980; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd. 1, Bl. 100–104.

⁷¹ Vgl. Eröffnungsbericht zum OV "Sektion".

⁷² Vgl. Sachstandsbericht vom 8.2.1980.

Ministerium selbst, das mit Hilfe der IM Materialübergaben erst initiierte und dann genauestens überwachte, um so weitere Kuriere zu identifizieren.⁷³ Das System von Deckadressen und Decktelefonen testete die Staatssicherheit, indem sie ihre IM instruierte, wegen der aktuellen politischen Lage in Polen – es war die Zeit der Solidarnosc-Bewegung – oder unter einem anderen Vorwand um kurzfristige Treffen zu bitten.⁷⁴

Ende 1980 schätzte das MfS die Anzahl der ostdeutschen Mitglieder, Kandidaten und engeren Kontaktpersonen der "Sektion DDR" auf etwa 50 Personen. Zur Bearbeitung dieses Personenkreises setzte die Staatssicherheit in diesem Zeitraum etwa 20, später sogar über 30 IM ein, die als Mitglieder in der "Sektion DDR" tätig waren oder direkten Kontakt zu den Parteiaktivisten hatten. Diese Spitzel suggerierten den Instruktoren im Auftrag des MfS die Existenz etwa weiterer 30 Sympathisanten – und die Parteileitung im Westen war über diesen Zuspruch natürlich hoch erfreut. Im einzelnen sah dies beispielsweise in Cottbus so aus, daß von den mittlerweile vier Zellenmitgliedern nicht weniger als drei IM der Staatssicherheit waren. Unter den dort insgesamt elf Sympathisanten existierten sechs rein fiktiv, während die fünf "echten" der Staatssicherheit namentlich bekannt waren. In Magdeburg hatte das MfS unter den vier Mitgliedern lediglich einen IM, der auch nur zwei Sympathisanten zu suggerieren vermochte (bei drei weiteren "echten" Sympathisanten). Eine der zahlreichen Zellen in Berlin war sogar ein reines Stasi-Produkt: die einzigen beiden Mitglieder waren IM und alle drei an die Leitung gemeldeten Sympathisanten fiktiv.⁷⁵ Zählt man die zuständigen hauptamtlichen MfS-

⁷³ So tarnte sich in einem Fall ein 22köpfiger Observationstrupp der Staatssicherheit als ein zufällig am geplanten Übergabeort befindlicher Militärkonvoi, den auch die Kuriere der KPD/ML aus dem Westen registrierten (bzw. registrieren sollten). Für den Fall, daß die Kuriere vorsichtshalber auf das Deponieren des Druckapparats verzichteten, hätte der ostdeutsche KPD/ML-Anhänger, der die Materialien wenig später am Ablageort übernehmen sollte (und zugleich inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit war), den Kurieren im nachhinein Feigheit vorgeworfen – die Staatssicherheit hätte die Übergabe damit fürs erste verhindert. Da die Kuriere aber (wie erwartet) den Druckapparat ablegten, argumentierte der IM dann später weisungsgemäß gegenüber seinem Instrukteur, er habe bei seinem Eintreffen am Übergabeort keine Unterlagen mehr vorgefunden. Dabei konnte er auf die (vermeintlichen) Militärs verweisen und argumentieren, die Kuriere hätten es ja wohl sehr an der notwendigen Vorsicht mangeln lassen. Vgl. Information 75/308/83 der Abteilung XXII vom 16.3.1983 über weitere geplante subversive Aktivitäten der KPD gegen die DDR und Vorschlag für die Weiterführung gezielter politisch-operativer Maßnahmen zur wirksamen Unterbindung der Aktivitäten (von Neiber bestätigt); BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 355–359 (künftig: Information 75/308/83); Vorschlag der Arbeitsgruppe XXII der BV Berlin vom 16.3.1983 zur politisch-operativen Verhinderung einer Aktion der linksextremistischen "KPD"; BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 360–362; Bericht der Arbeitsgruppe XXII der BV Berlin vom 9.4.1983 über die Verhinderung einer Aktion der linksextremistischen "KPD"; BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 333–335.

⁷⁴ Vgl. Sachstandsbericht vom 30.4.1981.

⁷⁵ Vgl. Zahlenmäßige Übersicht der Abteilung XXII/1 über die Zusammensetzung der Zellen "Cottbus" und "Magdeburg" vom 4.5.1979; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd. 1, Bl. 77. Die MfS-konstruierte Berliner Zelle diente der Staatssicherheit wohl dazu, weitere Instruktoren und Kuriere aus dem Westen zu personifizieren sowie (Des-)Informationen an die Parteiführung zu lancieren. Die Verteilung der gegen die "Sektion DDR" eingesetzten inoffiziellen Mitarbeiter auf die verschiedenen Abteilungen des MfS verdeutlicht das intensive operative Zusammenwirken der Dienstseinheiten. So wurden zwei Mitglieder der "Sektion DDR" von der Abteilung XXII/3, zwei weitere von der HA II/10 sowie einer von der HA XX/2 als IM geführt. In Ostberlin und in den Bezirken der DDR verfügten die jeweiligen Bezirksverwaltungen allein in Berlin über sechs, in Frankfurt und Leipzig über je vier, in Karl-Marx-Stadt über drei, in Dresden über zwei sowie in Cottbus, Halle und Magdeburg über je einen IM als Mitglieder der "Sektion DDR". Gegen die KPD/ML in der Bundesrepublik arbeiteten darüber hinaus drei IM der HV A II/6 (darunter zwei KPD/ML-Mitglieder und

Mitarbeiter hinzu,⁷⁶ war die Anzahl der Verfolger vermutlich größer als die Anzahl der Verfolgten.

Insgesamt hat das MfS im Westen 22 Instrukteure, 33 Kuriere, 42 Deckadressen und 6 Decktelefone der KPD/ML identifiziert.⁷⁷ Damit waren die Verbindungen der "Sektion DDR" zwar größtenteils aufgeklärt, doch hatte der Staatssicherheitsdienst noch nicht alle Fäden in der Hand. Gerade in Ostberlin war die Organisation in einer für das MfS beängstigenden Weise aktiv. Immer wieder konnten noch nicht erkannte KPD/ML-Aktivistinnen Losungen anbringen und Flugblätter verteilen.⁷⁸ Und selbst dort, wo der Staatssicherheit Verbindungen und Aktivitäten von KPD/ML-Anhängern bekannt waren, fehlten ihr oft noch eindeutige Beweise, um gegen die Betroffenen strafrechtlich vorgehen zu können. Darüber hinaus fürchtete das MfS in seinem Sicherheitswahn, die Partei könne noch über weitere "unerkannte" Zellen verfügen – trotz des gegenteiligen Anscheins und der zunehmend erfolgreichen Bearbeitung der Feindorganisation. "Der Fakt, daß offensichtlich zentralgesteuerte Zellen fast ausschließlich vom MfS initiierte Pseudo-Zellen sind (zumindest werden nur noch solche erkannt), darf nicht zu der Behauptung verleiten, die 'Sektion DDR' sei eine Fiktion."⁷⁹

Erst nachdem die Staatssicherheit alle – oder zumindest doch den weitaus größten Teil – der Verbindungen des Gegners erkannt hatte, wollte sie eingreifen. Dieser Taktik bediente sie sich beispielsweise gegenüber einem führenden Mitglied der "Sektion DDR". Im Dezember 1980 wurde beschlossen, ihn "gegenwärtig nicht mit aktiven Maßnahmen des MfS zu seiner Person zu konfrontieren" – es sei denn, man würde ihn auf frischer Tat beim Verteilen von Flugblättern oder dergleichen ertappen.⁸⁰ Bis dahin wollte man die Mitglieder der "Sektion DDR" in Sicherheit wiegen und ihre Untergrundstrukturen nach und nach aufklären.⁸¹ Zweifellos hätte der Staatssicherheitsdienst die "Sektion DDR" schon wesentlich früher zerschlagen können – allerdings wären dabei womöglich einzelne Ostberliner Anhänger der KPD/ML seiner

ein Abschöpfkontakt), ein IM der HV A (Sektor Wissenschaft und Technik) sowie ein IM als Abschöpfkontakt der Abteilung XXII/3 aktiv. Vgl. Übersicht der Abteilung XXII vom 24.10.1983 zu den im Rahmen der Aufklärung und Bearbeitung der "KPD" eingesetzten inoffiziellen Mitarbeiter; BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 249f.

⁷⁶ Die Gesamtzahl der ausschließlich (oder nur in zweiter Linie) mit der "Sektion DDR" befaßten MfS-Mitarbeiter der verschiedenen Dienststellen könnte, vage geschätzt, bei etwa 60 gelegen haben.

⁷⁷ Vgl. Vorschlag der Abteilung XXII vom 17.3.1982.

⁷⁸ Vgl. Konzeption der Abteilung XXII für die politisch-operative Bearbeitung der "Sektion DDR" der pseudorevolutionären linksextremistischen Organisation "KPD" vom 3.12.1980 mit Anlage; BStU, ZA, Neiber 92, Bl. 19–32 (künftig: Konzeption der Abteilung XXII vom 3.12.1980). Die Konzeption war von der Abteilung XXII, der HA XX und der Abteilung XX der BV Berlin bestätigt worden; lediglich die Zustimmung der HV A stand noch aus.

⁷⁹ Sachstandsbericht der Abteilung XX der BV Berlin zum OM "Sektion" vom 30.11.1979; BStU, ZA, AOP 643/85 Bd. 1, Bl. 112–118.

⁸⁰ Konzeption der Abteilung XXII vom 3.12.1980. Die HV A/II beabsichtigte sämtliche "Kontroll- und Sicherungsmaßnahmen in Eigenverantwortung" zu realisieren. Vgl. Schreiben Harry Dahls an Gerhard Neiber vom 5.12.1980; BStU, ZA, Neiber 92, Bl. 18.

⁸¹ Daß sich die Mitglieder der "Sektion DDR" selbst nach den ersten Verhaftungen noch in Sicherheit wähnten und den Kenntnisstand des MfS erheblich unterschätzten, geht eindeutig aus den Abhörprotokollen hervor. Vgl. u. a. Information der HV A II/5 über einen der KPD/ML-Aktivistinnen vom 24.2.1981 (Abhörprotokoll); BStU, ZA, AOP 2457/82, Bl. 239–254.

Aufmerksamkeit entgangen. Diese, so wurde befürchtet, könnten dann "untertauchen" und in der Illegalität weiterarbeiten.⁸²

Nach erfolgreicher Aufklärung bediente sich die Staatssicherheit verschiedener Methoden, um der "subversiven" Tätigkeit ihres "Feindobjektes" Einhalt zu gebieten. Dies schloß sogenannte Zersetzungsmaßnahmen mit ein. Durch gezielte Maßnahmen eines IM wurde zum Beispiel ein Mitglied der "Zelle Cottbus" bei der westlichen Parteizentrale in Mißkredit gebracht, was zu seinem Parteiausschluß durch die "Sektionsleitung DDR" führte.⁸³ In Karl-Marx-Stadt hatte die Staatssicherheit die Westverbindungen weitgehend unter Kontrolle. Sollte der für die dortige Zelle zuständige Instrukteur "neutralisierte ehemalige Mitglieder der Zelle" reaktivieren, wollte man gegen ihn eine Einreisesperre verhängen, um ihm zu suggerieren, seine Kontakteleute in der DDR hätten ihn an die Staatssicherheit verraten.⁸⁴ Bei der "Zelle Magdeburg", in der relativ wenige IM hatten plaziert werden können, wählte die Abteilung XXII einen vergleichsweise profanen Weg: Durch inoffizielle Mitarbeiter legte sie dem Leiter dieser Zelle nahe, zukünftig zumindest auf die weitere Verbreitung von "Hetzmaterialien" zu verzichten. Weitere "spektakuläre" Aktionen, die das MfS so sehr fürchtete, gingen von dieser Zelle anschließend nicht mehr aus.

Hinter der differenzierten Behandlung der verschiedenen Zellen stand das Konzept, die ohnehin vorhandenen Differenzen der Sektionsleitung mit denjenigen Zellen zu vertiefen, die das MfS noch nicht im Griff hatte, bis nur noch die von inoffiziellen Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes gesteuerten Zellen übrig bleiben würden. Zellen, die nicht seiner Kontrolle unterlagen, zersetzte das MfS beispielsweise, indem es etwa für eine gesteigerte berufliche Belastung eines Aktivisten sorgte, um ihn so von übermäßigem Engagement für seine Organisation abzuhalten.⁸⁵ Das Ministerium für Staatssicherheit machte sich sogar die Erwartung der KPD/ML zunutze, von "der Stasi" bearbeitet und unterwandert zu werden. Es schürte das permanente Mißtrauen innerhalb der Organisation, indem es führende Aktivisten, die besonders gefährlich erschienen, von offensiven Maßnahmen (wie Verhaftung oder Einreisesperre) verschonte. Dies sollte die Betroffenen bei der Parteileitung und bei ihren Gesinnungsgenossen dem Verdacht der Spitzeltätigkeit aussetzen – eine Standard-Methode des MfS, die hier angesichts der mentalen Disposition der KPD/ML-Mitglieder besonders gut funktionierte.⁸⁶

⁸² Vgl. Sachstandsbericht der Abteilung XX der BV Berlin zum OM "Sektion" vom 30.11.1979; BStU, ZA, AOP 643/85 Bd. 1, Bl. 112–118.

⁸³ Vgl. Sachstandsbericht vom 30.4.1981.

⁸⁴ Vgl. Konzeption der Abteilung XXII vom 3.12.1980.

⁸⁵ Vgl. ebenda.

⁸⁶ "Zum im OV 'Kurier' bearbeiteten [KPD/ML-Anhänger] wurden [...] im Interesse des Schutzes des IM 'Kern' und IM 'Wolter' keine rechtlichen Maßnahmen durchgeführt. Aus diesem Grunde hat sich sowohl bei den inhaftierten Akteuren der 'Sektion DDR' als auch bei den auf freiem Fuß befindlichen personellen Stützpunkten und den Angehörigen der Inhaftierten die Auffassung herausgebildet, daß es sich bei [dem genannten KPD/ML-Anhänger] um einen Verräter handelt, da er durch das MfS nicht belangt wird. Mit der Nichtdurchführung rechtlicher Maßnahmen gegen [diesen KPD/ML-Anhänger] ist beabsichtigt, weitere

Ebenfalls mit Hilfe von IM wurde einem wichtigen Instrukteur der "Sektion DDR" plausibel gemacht, daß der Abwurf von Hetzmaterialien aus Transitzügen aufgrund der Gegebenheiten in der DDR zu unsicher bzw. für die Zellenmitglieder zu gefährlich sei und deswegen besser unterbleiben solle.⁸⁷ Der Staatssicherheit war diese Praxis der KPD/ML vor allem deswegen ein Dorn im Auge, weil ihr in diesem Fall die Identifizierung der agierenden Kuriere besonders schwerfiel. Außerdem schürte sie die Ernüchterung in der Parteispitze über ihre Parteiarbeit im Osten und bemühte sich, die politische Isolierung der Partei voranzutreiben. Dabei machte sie sich die ab 1983 zunehmenden Spannungen zwischen der KPD/ML und der ehemals aufs engste verbündeten "Partei der Arbeit Albaniens" zunutze. Über die Hauptabteilung II plante das MfS (unter Einsatz inoffizieller Mitarbeiter) die Skepsis der Angehörigen der albanischen Botschaft in Ostberlin gegenüber der KPD/ML zu vertiefen.⁸⁸

Um nach Möglichkeit weitere Quellen innerhalb der "Sektion DDR" zu gewinnen, war der Staatssicherheit manches Mittel recht. Beispielsweise nutzte sie die Ehekrise eines Parteiaktivisten aus, um diskreditierende Informationen über ihn zu gewinnen und ihn damit unter Druck zu setzen.⁸⁹ Obwohl der ostdeutsche Geheimdienst grundsätzlich Werbungen auf der Grundlage politischer Überzeugung bevorzugte, empfahl auch die ZAIG bei der Bearbeitung dieses besonders "gefährlichen" Feindpotentials die Werbung von festgenommenen Kurieren mittels "Kompromaten". Außerdem sollten die IM-Kandidaten unter "falscher Flagge" angesprochen werden, wozu sich in diesem Bereich eine Legende als Mitglied einer anderen linksextremistischen Splittergruppe gut eignete.⁹⁰ Auch Mielke selbst gab Anweisung, "Kenntnisse zu erarbeiten, die wirkungsvoll für offensive Zersetzungs- und Kompromittierungsmaßnahmen genutzt werden können".⁹¹

4.2 Die Zerschlagung der "Sektion DDR"

Durch die eingeleiteten Maßnahmen war die Staatssicherheit schon recht weit gekommen; die verschiedenen Zellen in den Bezirken hatte sie weitgehend unter Kontrolle gebracht. Doch weil das MfS die Aktivitäten der KPD/ML innerhalb der DDR gänzlich unterbinden und auch die

Verunsicherung unter die personellen Stützpunkte der 'Sektion DDR' hineinzutragen und die Verdachtsmomente auch gegenüber der Zentrale der 'KPD' vollinhaltlich auf [den KPD/ML-Anhänger] zu konzentrieren sowie seine völlige Isolation und Wirkungsunfähigkeit zu erzielen." Vorschlag der Abteilung XXII vom 17.3.1982. Eine Verunsicherung der KPD/ML sollte Jahre später auch eine nichtlegendierte Kontaktierung des MfS mit einem Instrukteur bewirken. Dieser beriet sich daraufhin mit seinen Parteigenossen und verzichtete dann auf eine direkte Kontaktaufnahme mit der Staatssicherheit. Vgl. Zwischeneinschätzung der Abteilung XXII/3 zum OV "Sektion" vom 6.8.1986; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd. 1, Bl. 191–193.

⁸⁷ Vgl. Sachstandsbericht vom 30.4.1981.

⁸⁸ Vgl. Vorschlag für die Weiterführung der politisch-operativen Maßnahmen zur Bekämpfung der "KPD" vom 25.10.1984; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd. 1, Bl. 194–197.

⁸⁹ Vgl. Ergänzung zum Vorschlag zur Werbung des KPD/ML-Funktionärs "Kagel" unter Ausnutzung kompromittierenden Materials vom 20.5.1980; BStU, ZA, AOP 643/85 Bd. 1, Bl. 172f.

⁹⁰ Auskunftsbericht der ZAIG vom 26.10.1979.

⁹¹ Schreiben Neibers vom 3.12.1982.

Tätigkeit der "Sektionsleitung DDR" in Ostberlin abstellen wollte, ging der Mielke-Apparat in die Offensive. Die erfolgreiche Ausforschung des "Feindobjektes" bot die Möglichkeit, im Dezember 1980 und vor allem im März 1981 auf eine härtere Linie umzuschwenken und zum großen Schlag auszuholen: Insgesamt acht Mitglieder und Anhänger der "Sektion DDR" wurden verhaftet und Ermittlungsverfahren wegen Vergehens nach § 106 StGB ("staatsfeindliche Hetze") eingeleitet, gegen zwei weitere liefen Ermittlungsverfahren ohne Haft.⁹² Kurz zuvor war einer der Betroffenen vom MfS, das in dieser Zeit verstärkt auf die Rückgewinnung politisch "Irregeleiteter" hoffte, noch verwarnt und "schriftlich über die Einhaltung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit belehrt" worden.⁹³ Die beiden führenden Aktivisten der "Sektion DDR" – der eine arbeitete als Diplommathematiker, der andere war als Maschinenschlosser pikanterweise in der Druckerei des "Neuen Deutschland" beschäftigt –, wurden beide zu jeweils acht Jahren Freiheitsentzug verurteilt. An ihrer Verteidigung war auch der bekannte Rechtsanwalt Wolfgang Vogel beteiligt.⁹⁴ Der eine der beiden Hauptverantwortlichen saß seine Strafe in Brandenburg, der andere in Bautzen ab. Beide stellten noch in der Haft Anträge auf Übersiedlung in die Bundesrepublik; erst nach fünfeinhalbjähriger Haftdauer wurden sie in den Westen abgeschoben.

Selbst wenn sie große Vorsicht walten ließen, vermochten die Parteiaktivisten doch nicht dem langen Arm der Staatssicherheit zu entkommen. So hatte im August 1980 der Bruder eines Inhaftierten, ebenfalls ein KPD/ML-Aktivist, in Berlin-Oberschöneweide Flugblätter seiner Partei verteilt. Als er der Beobachtung durch MfS-Mitarbeiter gewahr wurde, zog der Medizinstudent sich umgehend von der Parteiarbeit zurück und vernichtete alle einschlägigen Unterlagen. Sein "Gegenspieler" im MfS, der stellvertretende Leiter der Abteilung XX der Bezirksverwaltung Berlin, Kurt Zeiseweis, schlug dann im Januar 1981 vor, ihn zu verhaften und unter Androhung strafrechtlicher Konsequenzen bzw. durch Benachrichtigung der Humboldt-Universitätsleitung politisch zur "Räson" zu bringen bzw. später als IM zu werben.⁹⁵ Mitte Februar 1981 jedoch verneinte die zuständige Abteilung IX die Frage, ob auf der Grundlage der bisher vorliegenden Beweise eine Inhaftierung gerechtfertigt sei.⁹⁶ Doch trotz seiner Vorsichtsmaßnahmen geriet auch er in die Fänge des MfS, weil bei der Durchsuchung der Wohnung seines Bruders Unterlagen auch aus seiner Feder gefunden wurden.⁹⁷

⁹² Vgl. Information der Hauptabteilung IX/2 vom 5.11.1981; BStU, ZA, AU 2409/83 Bd. 7, Bl. 189f.

⁹³ BStU, ZA, AU 447/83.

⁹⁴ Zu Vogel vgl. Craig R. Whitney: *Advocatus Diaboli*, Berlin 1993; Jens Schmidthammer: *Rechtsanwalt Wolfgang Vogel. Mittler zwischen Ost und West*, Hamburg 1987.

⁹⁵ Vgl. Vorschlag des stellvertretenden Abteilungsleiters der Abteilung XX der BV Berlin, Kurt Zeiseweis, zu einem weiteren Schritt des Unterbindens feindlicher Handlungen der "KPD-Sektion DDR" vom 21.1.1981; BStU, ZA, AOP 643/85 Bd. 1, Bl. 95f.

⁹⁶ Vgl. Stellungnahme der Abteilung IX zum Vorschlag der Abteilung XX zur Inhaftierung eines Mitglieds der "Sektion DDR" aus strafrechtlicher und strafprozessualer Sicht vom 16.2.1981; BStU, ZA, AOP 643/85 Bd. 1, Bl. 230f.

⁹⁷ Vgl. BStU, ZA, AU 447/83. Die Festnahme einer anderen Aktivistin (die vermutlich als Kurierin tätig war) und ihrer zwei Begleiter im Mai 1982 war dagegen nicht von langer Hand vorbereitet worden, sondern resultierte aus einer Routinekontrolle vermutlich durch Volkspolizisten, die auf ihr Abweichen von der

Die Reihenfolge der Verhaftungen ergab sich aus der Absicht des ostdeutschen Geheimdienstes zunächst beim vermeintlich "schwächsten Glied", das heißt den eher schwankenden Anhängern der "Sektion DDR" anzusetzen. Auf der Grundlage ihrer Aussagen, so vermutete die Staatssicherheit, würde sich genügend belastendes Material zur Festnahme der maßgeblichen KPD/ML-Aktivisten ergeben. Tatsächlich legten einige der Festgenommenen rasch Geständnisse ab, womit der Staatssicherheit weitere Beweis- und Druckmittel in die Hand gegeben wurden. In den andauernden Vernehmungen fanden sich schließlich fast alle Verhafteten zu Aussagen bereit. Die Festnahme der beiden leitenden Mitglieder der "Sektion DDR" sollte noch hinausgezögert werden, bis auch ein weiterer Aktivist bei einem Materialtransport zur "Zelle Rostock" auf frischer Tat gefaßt werden könnte.⁹⁸ Durch die Festnahmen konnte das MfS nachträglich auch jene öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der "Sektion DDR" rekonstruieren, die es bis dahin noch nicht hatte aufklären können. In der Wohnung einer der beiden Anführer wurde eine verschlüsselte Liste mit 150 Namen gefunden, von denen der Staatssicherheitsdienst binnen kurzem 36 entschlüsselt hatte: 24 davon erwiesen sich als "inoffizielle Positionen" des MfS. Die übrigen Namen lagen der Staatssicherheit allerdings schwer im Magen – dachte sie doch daran, bei der Entschlüsselung Spezialisten der sowjetischen "Freunde" um Hilfe zu bitten.⁹⁹

Anhänger und Sympathisanten der "Sektion DDR", denen strafrechtlich relevante Vergehen nicht nachgewiesen werden konnten, wurden durch vorübergehende "Zuführungen" unter Druck gesetzt. Würden sie sich dann gegenseitig belasten, hätte das MfS die gewünschten Beweise in der Hand gehabt. Wenn sie es dagegen vorziehen sollten zu schweigen, vermochte die Staatssicherheit sie zwar nicht festzuhalten, konnte sie aber gerade wegen ihrer raschen Freilassung in den Augen ihrer Gesinnungsgenossen wirkungsvoll diskreditieren – so oder so hatte das MfS alle Vorteile auf seiner Seite.¹⁰⁰ Auch die nächsten Verwandten der Inhaftierten wurden, oftmals unter Legende, zu Vernehmungen "geladen". Im April 1981 unternahm eine Angehörige eines Inhaftierten einen Suizid-Versuch, denn in ihrem Verhör hatte der Staatssicherheitsdienst seine Aura von "Allwissenheit" und "Allmacht" deutlich demonstriert.¹⁰¹ Sofern Aussagen von Festgenommenen auch inoffizielle Mitarbeiter namentlich belasteten,

Transitstrecke aufmerksam geworden waren. Sachstandsbericht der Abteilung XXII/3 zur Teilakte zu einem KPD/ML-Funktionär des OV "Sektion" vom 31.1.1984; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd. 1, Bl. 130–132.

⁹⁸ Vgl. Vorschlag der Abteilung XX/2 der BV Berlin zur Verhaftung des im OV "Stachel" bearbeiteten leitenden Funktionärs der "KPD der Sektion DDR" vom 17.3.1981; BStU, ZA, AOP 643/85 Bd. 1, Bl. 239–241; Information der Abteilung XX/2 der BV Berlin vom 11.3.1981; BStU, ZA, AOP 2457/82, Bl. 87f.

⁹⁹ Vgl. Vorschlag der Abteilung XXII vom 17.3.1982.

¹⁰⁰ Siehe auch Maßnahmeplan der Abteilung IX der BV Berlin zur Vorbereitung und Durchführung der am 29.9.1981 geplanten strafprozessualen Prüfungsbedingungen vom 26.8.1981; BStU, ZA, AU 2409/83 Bd. 7, Bl. 8–10.

¹⁰¹ Vgl. BStU, ZA, AOP 643/85 Bd. 1, Bl. 257–260.

sorgte die Staatssicherheit für das möglichst unauffällige "Herauslösen" der IM aus der "Sektion DDR".¹⁰²

Grundsätzlich verhaftete die Staatssicherheit diejenigen Personen, denen sie strafrechtlich relevante Vergehen nachweisen konnte und die nicht zugleich inoffizielle Mitarbeiter waren bzw. aus sonstigen operativen Gründen geschont werden mußten. Im Ergebnis der Verhaftungswelle veränderte sich das Verhältnis von "echten" Anhängern der "Sektion DDR" zu den IM des MfS noch weiter zugunsten der letzteren. Wie gut das Mielke-Ministerium jetzt unterrichtet war und wie vorausschauend es vorzugehen vermochte, zeigte sich etwa, als im MfS die Frage abgewogen wurde, ob die Präsenz eines IM auf dem 5. Parteitag der westdeutschen KPD/ML im Winter 1983 sinnvoll sei. Offensichtlich kam der Staatssicherheitsdienst zu dem Resultat, daß er die Parteitagsbeschlüsse ohnehin alsbald in Erfahrung bringen würde und es von Nachteil sei, wenn die Anwesenheit eines Delegierten der "Sektion DDR" es der KPD/ML erlauben würde, ihre andauernde Präsenz in Ostdeutschland zu behaupten.¹⁰³ Außerdem waren dem Ministerium mit Hilfe inoffizieller Mitarbeiter sogar die Redebeiträge einzelner Delegierter im Vorfeld der Veranstaltung bekannt geworden.¹⁰⁴ Und als die Aust-Partei im März 1983 durch das Versenden von Propagandamaterial an ihr bekannte ostdeutsche Adressen mittelfristig neue Anhänger werben wollte, geriet sie an nicht weniger als zwölf aktive und ehemalige IM des MfS.¹⁰⁵

Als flankierende Maßnahme zu den Verhaftungen leitete das MfS im Frühjahr 1981 in großem Maßstab Reisesperren- und Fahndungsmaßnahmen ein. Insgesamt wurden 357 Reisesperren gegen bundesdeutsche KPD/ML-Anhänger verhängt (betroffen waren 65 Funktionäre, 14 Instrukteure, 16 Kuriere und 262 weitere Parteiaktivisten), was bedeutet, daß der ostdeutsche Geheimdienst mindestens jedes zweite Parteimitglied im Westen namentlich kannte. Durch diese Maßnahmen waren zwischen April und Oktober 1981 sämtliche Verbindungen der Partei in die DDR unterbrochen.¹⁰⁶ Danach ließ das MfS diejenigen Instrukteure und Kuriere wieder einreisen, die es sicher identifiziert hatte und die es daher mittels der für Beobachtungen zuständigen Hauptabteilung VIII unter Kontrolle halten konnte (insgesamt acht Instrukteure und 17 Kuriere).¹⁰⁷ Um die Partei zu verunsichern, sollten bei einigen der erkannten Instrukteure

¹⁰² Vgl. Kurt Zeiseweis von der Abteilung XX der BV Berlin am 8.10.1981: Vorgehen zum Herauslösen der in die operative Bearbeitung der sogenannten Sektion DDR der KPD integrierten IM; BStU, ZA, AU 2409/83 Bd. 2, Bl. 6–9.

¹⁰³ Vgl. Aktennotiz der Abteilung XXII vom 24.10.1983 über den konzeptionellen Weg zur Durchsetzung der bestätigten und angewiesenen Ziele und Aufgabenstellungen; BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 241f.

¹⁰⁴ Vgl. Abschrift eines Antrages bzw. Stellungnahme eines Funktionärs der KPD zum bevorstehenden Parteitag, welche der IM einsehen konnte vom 26.6.1983; BStU, ZA, AOPK 8286/87, Bl. 253–262.

¹⁰⁵ Vgl. Information 132/315/83 der Abteilung XXII vom 5.5.1983; BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 304–308.

¹⁰⁶ Vgl. Bericht vom 1.12.1982 zu einigen Aspekten in der Lage der "KPD" und der "KPD-Sektion DDR" (von Mielke bestätigt); BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 17–22 (künftig: Bericht vom 1.12.1982).

¹⁰⁷ Vgl. Vorschlag der Abteilung XXII vom 17.3.1982.

zum Schein Werbungsversuche erfolgen. Wenn die Angesprochenen dann wie erwartet ablehnen würden, wollte das MfS sie mit Einreisesperren belegen.¹⁰⁸

4.3 Die öffentlichen Proteste der KPD/ML

Als sich die KPD/ML mit dem völligen Zusammenbruch ihrer Kontakte in die DDR und der Verhaftung ihrer wichtigsten ostdeutschen Aktivisten konfrontiert sah, suchte die Parteileitung die Verantwortung dafür in den angeblich ungenügenden Anstrengungen der Betroffenen bei der Wahrung der Konspiration. Außerdem vermutete sie, daß der DKP Namen und Anschriften der Instrukteure bekannt geworden und von ihr nach Ostberlin weitergeleitet worden seien.¹⁰⁹ Das "zentrale Anliegen" der KPD/ML in der Folgezeit, so schätzte das Bundesamt für Verfassungsschutz seinerzeit ein, war nun eine Kampagne für die Freilassung ihrer inhaftierten Gesinnungsgenossen zu organisieren.¹¹⁰ Aktivisten der Partei besetzten das Bonner adn-Büro (Oktober 1981), versuchten Autobahnübergänge an der innerdeutschen Grenze zu blockieren oder ketteten sich an dem Gebäude der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn fest (Juli 1982).¹¹¹ Vor dem Grenzposten an der Bornholmer Straße eröffneten fünf Westberliner Parteimitglieder einen viertägigen Hungerstreik (Dezember 1981). Zweimal bemühten sich Anhänger der Partei Unterschriftenlisten gegen die Festnahmen an DDR-Organen zu überreichen (Oktober und Dezember 1981).¹¹² Sechsmal (zwischen Dezember 1981 und Mai 1982) wurden von Westberlin aus mittels Ballons Flugblätter in der anderen Hälfte der Stadt verbreitet und so die Verhaftungen auch jenseits der Mauer publik gemacht.¹¹³

Auch in die "Höhle des Löwen" wagten sich die bundesdeutschen KPD/ML-Anhänger vor: Vier von ihnen reisten für die DDR völlig überraschend von Westberlin aus in den Ostteil der Stadt und ketteten sich, wie eingangs erwähnt, auf dem Alexanderplatz an (November 1981); ein anderer warf zur selben Zeit nicht weit davon entfernt Flugblätter über die Balustrade des "Centrum"-Warenhauses.¹¹⁴ Schließlich sammelte ein westdeutscher Halbbruder eines Inhaftierten rund 200 Unterschriften (unter anderem die von Heinrich Böll und Heinrich Albertz) für die Freilassung seines Verwandten und reiste am Vormittag des 18. November 1982 unbehelligt

¹⁰⁸ Vgl. Aktuelle operative Erkenntnisse und Schlußfolgerungen für die weitere Bearbeitung der "KPD" der Abteilung XXII vom 20.9.1982; BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 144–149.

¹⁰⁹ Vgl. Bericht der AG XXII der BV Berlin vom 22.12.1983 zum Treff mit dem IMB "Trabant"; BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 183–191.

¹¹⁰ Verfassungsschutzbericht 1981, S. 106.

¹¹¹ Vgl. Verfassungsschutzbericht 1982, S. 83.

¹¹² Vgl. Vorschlag der Abteilung XXII vom 17.3.1982.

¹¹³ Vgl. Information 230/82 über erneute Hetzschriften-Ballonaktionen von Berlin (West) aus o. D.; BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 155f.

¹¹⁴ Vgl. Abschlußbericht der Abteilung XXII/8 zum OV "Sektion" vom 30.3.1989; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd. 1, Bl. 216–220 (künftig: Abschlußbericht zum OV "Sektion").

in die DDR ein, konnte die Petition an die Eingabenstelle des Ministerrates der DDR übergeben und kehrte ohne Probleme wieder in den Westen zurück.¹¹⁵

Das Ministerium für Staatssicherheit versuchte diese Kampagne effektiv und zugleich möglichst unauffällig abzuwehren. Deswegen wurden fünf namentlich bekannte westdeutsche KPD/ML-Funktionäre, die sich besonders für ihre inhaftierten Gesinnungsgenossen engagierten, nicht mit Strafverfahren überzogen. Das Ministerium für Staatssicherheit begnügte sich damit, Einreisesperren zu verhängen.¹¹⁶ Bei den ostdeutschen Aktivisten mußte das MfS zwar im Hinblick auf die öffentliche Meinung weniger stark Rücksicht nehmen, doch wollte es keinesfalls durch allzu forsches Auftreten die wenigen verbliebenen ostdeutschen Aktivisten zu spektakulären Verzweiflungstaten veranlassen.¹¹⁷ Nach Möglichkeit wollten Mielkes Mitarbeiter die Bemühungen der KPD/ML, die Festnahme ihrer ostdeutschen Gesinnungsgenossen anzuprangern, schon im Vorfeld durchkreuzen.¹¹⁸ Von der Übergabe der Unterschriftenliste an den Ministerrat der DDR am 18. November 1982 beispielsweise war die Arbeitsgruppe XXII der Bezirksverwaltung Berlin durch einen IM mehrere Wochen im voraus in den Grundzügen unterrichtet worden. Jedoch hatte sie ihre Ermittlungen in die falsche Richtung gelenkt und so die Übergabe nicht verhindern können. Erst einen Tag nach Übergabe der Petition wurde eine Einreisesperre gegen den Überbringer veranlaßt.¹¹⁹ Als die Aust-Partei im November 1981 mit ersten propagandistischen Aktivitäten auf die Festnahmen reagierte, hatte das MfS zumindest wenige Wochen später den verantwortlichen Initiator in der KPD/ML identifiziert.¹²⁰ Die bundesdeutschen KPD/ML-Sympathisanten, die sich auf dem Alexanderplatz angekettet hatten, wurden umgehend festgenommen. Zwei Tage nach ihrer Verhaftung wurden sie zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und aus der DDR ausgewiesen. Der Flugblattwerfer vom "Centrum"-Warenhaus am Alexanderplatz, dessen die Staatssicherheit nicht sofort hatte habhaft werden können, wurde im nachhinein identifiziert und unter OPK-Bearbeitung der Abteilung XXII/3 genommen.¹²¹ Und von den in Westberlin aufgestiegenen Ballons konnten Mitarbeiter der Deutschen Volkspolizei (DVP) und des MfS im Dezember 1981 97 Stück einsammeln; der Staatssicherheitsdienst beruhigte sich dann selbst mit der

¹¹⁵ Vgl. Bericht vom 1.12.1982. Siehe auch AOPK "Springer"; BStU, ASt Frankfurt/Oder, AOPK Cottbus 1819/84.

¹¹⁶ Vgl. Abschlußbericht zum OV "Sektion".

¹¹⁷ "Bei aller Konsequenz unserer Maßnahmen müssen jedoch Konfrontationen, die zu spektakulären Aktionen der 'KPD' oder zu anderen Auswirkungen mit hoher Öffentlichkeitswirkung führen würden, vermieden werden" – so Neiber in Wiedergabe von Anweisungen Mielkes. Schreiben Neibers vom 3.12.1982.

¹¹⁸ Vgl. Abschlußbericht zum OV "Sektion".

¹¹⁹ Vgl. Bericht der Abteilung XXII/3 vom 19.11.1982 zu den bisherigen Überprüfungsergebnissen; BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 94–97.

¹²⁰ Vgl. Bericht vom 1.12.1982.

¹²¹ Vgl. Wesentliche Aussagen der Abteilung XXII/3 zum Treff des IM "Kern" vom 17.11.1982; BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 117–119.

Feststellung, daß durch die rasche Sicherstellung keine Öffentlichkeitswirksamkeit eingetreten sei.¹²²

4.4 Die "Bearbeitung" der Inhaftierten

Auch nachdem die ostdeutsche Geheimpolizei für die Verhaftung der maßgeblichen Aktivisten der "Sektion DDR" gesorgt hatte, ließ sie nicht locker. Obwohl die wichtigen ostdeutschen Aktivisten alle inhaftiert und damit dem MfS ausgeliefert waren, glaubte sich das Ministerium gegen den zersetzenden "Bazillus" der KPD/ML-Aktivitäten noch besonders wappnen zu müssen. Gegen vier der Inhaftierten wurden eigens Operative Personenkontrollen mit dem Decknamen "Igel" eingeleitet, weil die für die Sicherung der Justizvollzugsanstalten zuständige Hauptabteilung VII des MfS zumindest in einem Fall befürchtete, der Inhaftierte könne durch seine "feindliche Haltung" Mitgefangene beeinflussen. Um dies zu verhindern, kamen gegen ihn vier IM des MfS sowie zwei IM der Kriminalpolizei (Arbeitsgebiet I) der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BdVP) Cottbus zum Einsatz. Es stellte sich allerdings heraus, daß der Inhaftierte nicht die geringsten Anstalten machte, seine Mitgefangenen aufzuwiegeln. Seine subversiven Absichten beschränkten sich darauf, ungestört die Klassiker des Marxismus-Leninismus zu studieren – was die Staatssicherheit ihm umgehend untersagte (und bei der Begründung dieses Verbotes natürlich in große Argumentationsschwierigkeiten geriet).¹²³

Damit ließ es das MfS allerdings nicht bewenden, sondern führte im Strafvollzug auch "Zersetzungmaßnahmen" durch. "Durch zielgerichtete politisch-operative Maßnahmen wurde bei den Mithäftlingen des Leiters der ehemaligen Sektion DDR der Eindruck vertieft, daß er als 'Stasi-Spitzel' für das MfS tätig ist. Infolgedessen wird ihm zunehmend mit Mißtrauen begegnet und er von den anderen Häftlingen gemieden."¹²⁴ Und auch für die Zeit nach der Haftentlassung wollte das MfS gleich Vorsorge treffen: "M[eines]E[rachtens]," so Mielke-Stellvertreter Gerhard Neiber, "sollte überlegt werden, wie wir die in der DDR inhaftierten 'KPD'-Mitglieder gegenüber ihren Verbindungen und vor allem der 'KPD' so kompromittieren, daß wir sie aus der Haft entlassen und in die BRD abschieben können, um die Zersetzung der 'KPD' zu fördern und den zu Übersiedelnden selbst jegliche Möglichkeit nehmen, bei Gleichgesinnten Anschluß zu finden."¹²⁵ Eine Haftentlassung und Übersiedlung wollte Neiber überhaupt erst dann zulassen, wenn entsprechende Möglichkeiten zur Kompromittierung gegeben waren.¹²⁶

¹²² Vgl. Hinweise zu erneuten feindlichen Aktivitäten der "KPD" o. D. [Dezember 1981]; BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 293f.

¹²³ Vgl. BStU, ZA, AOPK 427/85.

¹²⁴ Zwischeneinschätzung der Abteilung XXII/3 zum OV "Sektion" vom 3.1.1986; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd. 1, Bl. 186–189; Information der Arbeitsgruppe XXII der BV Berlin vom 12.4.1985 zur linksextremistischen "KPD"; BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 73–75; Sachstandsbericht der Abteilung VII der BV Brandenburg zur OPK "Igel" vom 4.7.1985; BStU, ASt Berlin, AOPK 2172/83 Bd. 4, Bl. 42–45.

¹²⁵ Schreiben Neibers vom 3.12.1982; Information 75/308/83; Vorschlag [der HA IX] des MfS über die Anwendung weiterer Möglichkeiten zur Zersetzung der feindlichen Gruppierung "Sektion DDR" der "KPD/ML" aus der Sicht des bearbeiteten Ermittlungsverfahren vom 19.7.1982; BStU, ZA, AU 2409/83

Die in den Westen Abgeschobenen trugen dann zum weiteren Zerfall der ehemaligen "Sektion DDR" selbst mit bei. So machte einer von ihnen einem Mitstreiter den schweren (und im wesentlichen unzutreffenden) Vorwurf, er habe durch die Vernachlässigung konspirativer Grundregeln ihrer beider Verhaftung zu verantworten. Der solchermaßen Gescholtene zog sich daraufhin tief enttäuscht aus dem politischen Leben zurück.¹²⁷

Für die Freilassung der weniger bedeutsamen KPD/ML-Aktivisten, die nicht übersiedeln wollten bzw. sollten, traf das MfS andere Vorkehrungen. Eine vorzeitige Haftentlassung stellte keine noble Geste Mielkes dar, sondern war in der Regel das Ergebnis taktischer Überlegungen. Das MfS hatte nämlich einen der Inhaftierten während der Haftzeit als IM gewinnen können und erhoffte sich von dessen vorzeitiger Haftentlassung eine starke subjektive Verpflichtung des Betroffenen, langfristig und "vertrauensvoll" mit dem MfS zusammenzuarbeiten. Und weil die gelungene IM-Werbung nicht auffallen durfte, mußte die Staatssicherheit einen anderen Aktivisten ebenfalls entlassen – vorsorglich sogar ein wenig früher als den IM.¹²⁸ Nachdem Mielke persönlich zugestimmt hatte, wurde die Haftentlassung organisiert und die umfassende Überwachung der Betroffenen durch IM und Telefonabhörmaßnahmen bewerkstelligt.¹²⁹

4.5 Prävention gegen einen Wiederaufbau der "Sektion DDR"

Neben der Furcht vor öffentlichen Protesten der KPD/ML im Westen war es die Hauptsorge des MfS, die Aust-Partei könne erneut eine "Sektion DDR" aufbauen. Deshalb war die Staatssicherheit nach der Zerschlagung im Jahre 1981 stärker als vorher darum bemüht, etwaige Aktivitäten der KPD/ML in Ostdeutschland schon im Ansatz zu unterbinden. "Die 'KPD' darf nicht durch von uns geduldete Aktivitäten und die ihr durch uns in der DDR organisierten 'Zellen' und gebotenen Scheinwirkungsmöglichkeiten in der Auffassung bestärkt werden, eine

Bd. 7, Bl. 268f. Im persönlichen Umfeld des Betroffenen wurden solche Maßnahmen nachweislich auch praktiziert. Vgl. Bericht der Arbeitsgruppe XXII vom 1.12.1982; BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 24–27.

¹²⁶ Vgl. Schreiben Gerhard Neibers an Harry Dahl vom 14.4.1982; BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 225. Auch zwei Verwandte von inhaftierten KPD/ML-Mitgliedern wurden in den Westen entlassen (und ihrer Wiedereinreise sogar zugestimmt), "um den Verdacht zu erwecken, daß beide Personen langjährig für das MfS tätig sind und im Auftrage unseres Organs übergesiedelt sind." Information 75/308/83.

¹²⁷ Vgl. BStU, ASt Berlin, AOP 957/89 Bd. 1; Rüdickenklau: Störenfried, S. 22.

¹²⁸ Vgl. Vorschlag der AG XXII der BV Berlin vom 20.1.1984 zur vorzeitigen Haftentlassung der Strafgefangenen und zu sich daraus ergebenden Konsequenzen (von Mielke bestätigt); BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 150–155. Auch die vorzeitige Haftentlassung eines anderen Inhaftierten, der bereits kurzzeitig in der Haft als Zelleninformer der Abteilung IX der BV Berlin hatte geworben werden können (vgl. BStU, ZA, AZI 3632/82), sollte offenkundig seiner späteren Werbung als IM dienlich sein. Fünf Tage nachdem sich die Gefängnistore für ihn geöffnet hatten, führte das MfS ein "Kontaktgespräch" durch und riet ihm, auf eine etwaige Kontaktaufnahme der KPD/ML zögerlich zu reagieren (während er eigentlich den Kontakt ganz hatte abbrechen wollen). Auch diesem inoffiziellen Mitarbeiter in spe gegenüber arbeitete das MfS im übrigen mit gezielter Desinformation. Vgl. Bericht der AG XXII der BV Berlin über ein Kontaktgespräch vom 10.2.1982; BStU, ZA, AU 2409/83 Bd. 5, Bl. 249–251.

¹²⁹ Vgl. Information der AG XXII der BV Berlin vom 3.5.1984 über die eingeleiteten politisch-operativen Sicherungsmaßnahmen und den Ablauf der vorzeitigen Haftentlassung von zwei der Strafgefangenen; BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 117–119. Siehe auch den diesbezüglichen OV "Sektierer"; BStU, ASt Berlin, AOP 957/89.

Basis in der DDR zu besitzen. Es ist zu prüfen, welche 'Zellen' wir mit hoher offensiv zersetzender Wirkung auf Kurier- und Funktionäre der 'KPD' in Konfrontation zur Führung [der KPD/ML im Westen] gehen lassen und sogar 'opfern'. Das MfS darf dem Treiben der 'KPD' keine Hilfeleistung geben. Wir müssen alles tun, sie auf eine Auflösung hinzuführen."¹³⁰ Die KPD/ML nochmals gewähren zu lassen und sie parallel aufzuklären, um sie dann in einem taktisch günstigen Moment zu zerschlagen, erschien Mielke jetzt offensichtlich zu riskant – möglicherweise gerade deswegen, weil es die Aust-Partei zur Überraschung des MfS ja tatsächlich vermocht hatte, auf die Verhaftungen mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen sogar im Inneren der DDR zu antworten.

Um alle Initiativen der KPD/ML präventiv zu unterbinden, bediente sich das MfS abermals seiner IM, die ihren westdeutschen Instruktoren nun nahelegen sollten, daß ein erneutes Engagement in der DDR sinn- bzw. zwecklos sei. Dabei galt es geschickt vorzugehen: "Es müssen gründliche Überlegungen angestellt und die richtigen Argumente erarbeitet werden, die geeignete IM nutzen können, um die Bildung einer eigenen 'KPD' in der DDR zu verhindern. Die Argumente müssen für alle nutzbaren IM so individuell sein, daß der Gegner nicht im geringsten eine Steuerung des MfS vermutet."¹³¹ Sofern die Partei von einem erneuten Engagement überhaupt nicht abzubringen sei, müsse zumindest dafür Sorge getragen werden, daß sich ihre Strukturen in der DDR besonders leicht aufklären ließen. Das bisherige Organisationsprinzip – verschiedene Instruktoren leiten unterschiedliche DDR-Zellen an, die untereinander nur konspirativ in Kontakt stehen – bot dazu nicht die besten Voraussetzungen. Dem Ministerium wäre es lieber gewesen, die KPD/ML hätte ein gesondertes Gremium zwischen West-Partei und DDR-Zellen geschaffen (mit Zuständigkeit für alle DDR-Zellen), in dem inoffizielle Mitarbeiter sich leicht einen Überblick über geplante Aktivitäten hätten verschaffen können.¹³² Tatsächlich wurde ein solches fünfköpfiges Gremium, wie vom MfS intendiert, eingerichtet. Es nannte sich "Nationaler Koordinierungsausschuß" und war tatsächlich mit einem IM der Staatssicherheit durchsetzt. Wegen der inneren Zerwürfnisse der KPD/ML im Westen übte dieses Parteigremium seine Tätigkeit aber nur sehr kurze Zeit aus.¹³³

¹³⁰ So Neiber in Wiedergabe von Anweisungen Mielkes. Schreiben Neibers vom 3.12.1982.

¹³¹ Ebenda.

¹³² Entsprechendes versuchte der Staatssicherheitsdienst seinen IM in den DDR-Zellen nahelegen und ihnen auch gleich die richtigen Argumente gegenüber der Führung der KPD/ML in die Hand zu geben. "Die Einladung eines IM zur Teilnahme am 5. Parteitag der 'KPD' (November/Dezember 1983) soll genutzt werden, um persönlichen Einfluß auf Funktionäre der KPD auszuüben, keine selbständige Partei in der DDR zu bilden und zu propagieren. Eine selbständige Partei in der DDR könnte als Auseinanderbrechen der 'KPD' ausgelegt werden, die dem gesamtdeutschen Gedanken der Partei widerspreche und in der DDR als verfassungsfeindlicher Zusammenschluß ausgelegt werden kann. Der Gegenvorschlag sollte sein, die weitere Anleitung der personellen Stützpunkte in der DDR von einem aus DDR-Bürgern zu bildenden Gremium vornehmen zu lassen und nur diese noch durch erfahrene Funktionäre der 'KPD' anzuleiten." Bericht vom 1.12.1982.

¹³³ Vgl. Bericht der Arbeitsgruppe XXII vom 24.5.1985 über eine Zusammenkunft des IMB "Trabant" mit einem leitenden Akteur der linksextremistischen "KPD" in der BRD; BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 6–15 (künftig: Bericht der Arbeitsgruppe XXII vom 24.5.1985).

Es gelang dem Staatssicherheitsdienst, die Erwartungen der KPD/ML, auch im Osten Deutschlands Anhänger zu gewinnen, ab dem Jahresbeginn 1983 auf ein Minimum zu reduzieren. Weil die offensiven Maßnahmen (Verhaftungen und Einreisesperren) aber immer noch nicht ausgereicht hatten, um die ostdeutschen Ambitionen der Partei gänzlich zu ersticken, suggerierte das MfS der Parteispitze den Zerfall ihres ostdeutschen Parteiflügels, indem es seine IM anwies, sich mit entsprechenden Erklärungen ("Enttäuschung über den langsamen Parteaufbau", kurzfristig notwendig gewordener stationärer Krankenhausaufenthalt o. dgl.) aus der Partei zurückzuziehen. Mit Hilfe seiner vielen IM lähmte das MfS die Tätigkeit der "Sektion DDR" und schreckte die Parteiführung von weiteren Versuchen der Einflußnahme und der Mitgliederrekrutierung im Osten Deutschlands ab. Die "Ausgabe DDR" des "Roten Morgen" wurde eingestellt; wegen der drohenden Festnahmen weigerten sich die Kuriere auch zunehmend, in die DDR einzureisen. Der zeitliche Abstand, in dem die ostdeutschen Zellenleiter Besuch von ihren westdeutschen Instruktoren erhielten, wuchs so von zwei auf bis zu sechs Monate.

Einer der Haftentlassenen, der in der DDR geblieben war, bemühte sich unterdessen, unabhängig von der KPD/ML im Westen wieder Kontakte zu seinen ehemaligen Zellenmitgliedern zu knüpfen. Was zunächst auf privater Basis beruhte, geriet zusehends in politische Bahnen und führte im Juni 1985 zur Gründung der "Vereinigung aller linken Kräfte der unabhängigen Friedensbewegung" durch zwei ehemalige Partei-Aktivisten sowie fünf weitere DDR-Bürger.¹³⁴

Als erste Gegenmaßnahme verhängte das MfS eine Ausreisesperre gegen den Anführer der Gruppe (die ~~###~~ C SSR und andere sozialistische Staaten betreffend), um jede erneute Kontaktaufnahme mit der bundesdeutschen KPD/ML von vornherein auszuschließen. Danach ging der Staatssicherheitsdienst abermals in die Offensive: "Durch verunsichernde, zersetzende u. a. Maßnahmen gelang es, diese Struktur zu liquidieren und die Mitgliederzahl zu dezimieren."¹³⁵

Im Westen geriet die KPD/ML ab 1983 in eine existentielle Krise. Der mangelnde Zuspruch für die Partei gab Anlaß zu den eingangs geschilderten Überlegungen, sich mit anderen Parteien im linksextremen Spektrum zusammenzutun, was wiederum zu ideologischen Grabenkämpfen innerhalb der Partei führte und zahlreiche Parteiaustritte zur Folge hatte. Die solchermaßen gesunkenen Mitgliedsbeiträge verschärften ebenso wie die ausbleibende Unterstützung durch die "Partei der Arbeit Albaniens" die finanzielle Zwangslage dramatisch.¹³⁶ Ab 1985 verwickelte sich die KPD/ML immer stärker in interne Auseinandersetzungen, deren Verlauf

¹³⁴ Nicht zu verwechseln mit der "Vereinigten Linken". Vgl. hierzu Jan Wielgohs: Die Vereinigte Linke, in: Helmut Müller-Enbergs, Marianne Schulz und Jan Wielgohs (Hrsg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1992, S. 283–306.

¹³⁵ Sachstandsbericht der AG XXII der BV Berlin vom 20.4.1987; BStU, ASt Berlin, AOP 957/89 Bd. 1, Bl. 106–115.

¹³⁶ So erklärte ein führender KPD/ML-Funktionär gegenüber einem IMB des MfS: "Die Partei ist 'bankrott'. Wir sind finanziell so gut wie am Ende. Die 'Partei' kann mich nicht mehr bezahlen." Information der AG XXII der BV Berlin vom 21.5.1984 zu Treffs des IMB "Trabant" mit leitenden Akteuren der linksextremistischen "KPD" in der BRD; BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 106–115.

und Frontenbildung die Staatssicherheit genauestens verfolgte. Der ostdeutsche Geheimdienst war mit dieser Entwicklung hochzufrieden, denn darüber gerieten der Parteiführung die Reste der "Sektion DDR" offenkundig ganz aus dem Blick. Hinzu kam, daß der 1983 abgelöste Parteivorsitzende Ernst Aust (gestorben im August 1985) es kaum noch für nötig befand, seinen innerparteilichen Rivalen Horst-Dieter Koch über seine DDR-Kontakte in Kenntnis zu setzen. Außerdem spielten taktische Überlegungen eine Rolle, denn die Partei wollte auf die beiden letzten noch inhaftierten ostdeutschen Aktivisten Rücksicht nehmen; einer von ihnen hatte offenbar aus der Haft einen Verzicht auf spektakuläre Aktionen der westdeutschen KPD/ML angeregt.¹³⁷ Besiegelt wurde diese Entwicklung dann durch den Zusammenschluß mit der Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) zur Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) am 5. Oktober 1986. Die neu entstandene Partei nannte als ihr Betätigungsfeld einzig und allein die Bundesrepublik und kam zu dem Schluß, die Gesinnungsgenossen in der DDR müßten "eigene Kampfformen für ihre Arbeit" finden,¹³⁸ was einem Verzicht auf künftige Initiativen gleichkam. Die verbliebenen Anhänger der "Sektion DDR" erhielten die Anweisung zu "überwintern", das heißt unauffällig und völlig autonom in ihrem Umfeld Werbung zu betreiben, um bei veränderten politischen Rahmenbedingungen eventuell wieder neue Zellen bilden zu können.¹³⁹ De facto bedeutet dies das Ende des Engagements der KPD/ML im Osten Deutschlands.

Jedoch hatten gerade diese "Sammlungstendenzen" im Westen für das MfS etwas Bedrohliches. Als die westdeutsche KPD/ML ab 1983 zunehmend ein breiteres Bündnis linksextremer Kräfte zu formieren suchte, fürchtete die Staatssicherheit gleich, auch die Basis der DKP könne gewissermaßen in einen solchen "Volksfront-Sog" hineingeraten. Der Leiter der Abteilung XXII, Harry Dahl, wollte schon über das Zentralkomitee der SED die Bruderpartei förmlich darüber unterrichten, daß die KPD/ML möglicherweise plane, sie "zu unterwandern". Der stellvertretende MfS-Minister Gerhard Neiber hielt diese Interpretation zu Recht für überzogen und wies Dahl an, es bei einer mündlichen Unterrichtung der für die Betreuung der DKP zuständigen Hauptabteilung II des MfS zu belassen.¹⁴⁰

4.6 Der illegale Sender der KPD/ML

¹³⁷ Vgl. Bericht der Arbeitsgruppe XXII vom 24.5.1985.

¹³⁸ So jedenfalls kolportierte das MfS die Aussagen von Mitgliedern der KPD/ML. Vgl. Information der Abteilung XXII/3 zur Vereinigung zweier linksextremistischer pseudorevolutionärer Organisationen des Operationsgebietes vom 16.1.1987; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd. 1, Bl. 213–215.

¹³⁹ "Herzog empfahl dem IM, weiter unter oppositionellen Kräften, hauptsächlich in der Friedensbewegung, 'Sympathisantenarbeit' zu betreiben, um 'für später' eine arbeitsfähige Zelle zur Verfügung zu haben. Über weitere Aktivitäten müsse der IMB als Zellenleiter jedoch selbst entscheiden." Bericht der Arbeitsgruppe XXII vom 24.5.1985.

¹⁴⁰ Vgl. Vorschlag des Leiters der Abteilung XXII vom 23.6.1983 für die Durchführung von Offensivmaßnahmen zur Störung der Vorbereitung des sogenannten 5. Parteitages der "KPD"; BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 288–292. Vgl. auch Hanna Labrenz-Weiß: Die Hauptabteilung II: Spionageabwehr (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil III/7), BStU, Berlin 1997 (im Erscheinen).

Nach der bereits geschilderten Verhaftungswelle suchte die KPD/ML nach einem Weg, künftig mit geringerem Risiko in der DDR Propaganda betreiben zu können. Im Verlauf des Jahres 1982 beschaffte sie sich einen transportablen UKW-Sender, mit dem sie von Westberlin aus erstmalig Ende April und regelmäßig ab dem 2. Mai 1983 an jedem ersten Montag im Monat das Programm "Radio Roter Stachel" auf 101 Mhz in die DDR sendete.¹⁴¹ Der "Piratensender" wurde für jeweils kurze Zeit in einem Bunker im Humboldthain (Westberliner Stadtteil Wedding) installiert und betrieben. Sehr kurze Sendezeiten (zwischen fünf und zwölf Minuten) sowie eine Absicherung des Verstecks durch "Posten" sollten ein Aufspüren des illegalen Senders durch die Westberliner Polizei oder die Deutsche Bundespost verhindern. Mindestens zehn Personen waren mit diesem Unterfangen unmittelbar befaßt. Das Sendegebiet in der DDR erstreckte sich auf die Stadtbezirke Pankow, Prenzlauer Berg und Mitte.

Mielkes Mitarbeitern bereitete die Einrichtung dieses Senders einiges Kopfzerbrechen. Spätestens seit dem Jahresende 1982 war das MfS darüber unterrichtet, daß die Aust-Partei einen Untergrundsender angeschafft hatte und die Aufnahme des Sendebetriebs für den März des Folgejahres plante.¹⁴² Nachdem "Radio Roter Stachel" dann zu senden begann, leitete die Hauptabteilung III Maßnahmen ein, um den Senderstandort zu bestimmen. Innerhalb weniger Tage kamen acht feste und sechs mobile Peilsender zum Einsatz.¹⁴³ "Durch mit Unterstützung des sowjetischen Bruderorgans vorbereiteten und durchgeführten offensiven Maßnahmen der Standortbestimmung mit einem präparierten Spezial-Kfz und Körperpeiltechnik im Operationsgebiet gelang es, den Standort des Feindsenders weiter einzugrenzen."¹⁴⁴ Nachdem als ungefähre Standort des Senders der Humboldthain eingekreist war, schickte die Staatssicherheit

¹⁴¹ Die Sendungen begannen jeweils mit der Erkennungsmelodie von Radio Tirana oder "Vorwärts und nicht vergessen". Dann folgten vergleichsweise ansprechend formulierte politische Meldungen und bewußt populär gehaltene, in einen Deckmantel der Legalität gehüllte Forderungen, die außerdem eine Präsenz der Partei als Untergrundorganisation in der DDR suggerieren sollten. Die Sendung vom 2.1.1984 beispielsweise hatte folgenden Text (in Auszügen): "Radio Roter Stachel. Radio Roter Stachel. Sie hören den Sender der illegalen kommunistischen Partei in der DDR. Wir senden an jedem ersten Montag im Monat um 21.30 über UKW 101 Mhz. *Friedensbewegung* Die SED-Führung hat nach dem Beginn der Nachrüstung in der Bundesrepublik und nach dem Ende des Lutherjahres ihren Druck auf kirchliche und unabhängige Friedensgruppen verstärkt. In vielen Städten gingen die Behörden mit Hausdurchsuchungen, Festnahmen und Verhaftungen gegen Rüstungsgegner und Pazifisten vor. So wurde am 12. Dezember in Berlin gegen die Malerin Bärbel Bohley und die Angestellte Ulrike Poppe Haftbefehl erlassen. In ihren Wohnungen wurden Fotos und Schriften beschlagnahmt, darunter Materialien westlicher Friedensgruppen und Broschüren der Grünen. [...] *Wo bleibt die Demokratie in unserer demokratischen Republik?* Die DDR ist nicht nur ein Arbeiter- und Bauerngefängnis weil sie durch Mauern und Minen, durch Stacheldraht und Selbstschußanlagen ihre arbeitsfähigen Bürger, außer der linientreuen Parteiprominenz, daran hindert ihr Land zu verlassen, sondern sie ist es im wörtlichen Sinne, denn die Gefängnisse sind nicht etwa überfüllt mit Schiebern, Spekulanten etc., sondern eben mit diesen einfachen Leuten, die nichts anderes taten, als Kritik zu äußern. Ist das sozialistisch? Ist das demokratisch?" Anlage zur Information G/00219/03/01/84; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 125–128.

¹⁴² Vgl. Aktuelle Erkenntnisse der Abteilung XXII/3 über die Lage und die Position der KPD vom 23.12.1982; BStU, ZA, Neiber 90, Bl. 2–5.

¹⁴³ Vgl. Sachstandsbericht des Leiters der HA III, Horst Männchen, vom 27.4.1983 zu den illegalen Funksendungen der KPD; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 248–252.

¹⁴⁴ Schreiben vom Leiter der HA XXII an Gerhard Neiber vom 5.7.1983; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 212. Siehe auch Schreiben vom Leiter der HA XXII an Gerhard Neiber vom 6.6.1983; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 229.

unmittelbar vor der nächsten Sendung – den genauen Sendetermin gab das "Radio Roter Stachel" stets im voraus bekannt – ihre Inoffiziellen Mitarbeiter mit Feindkontakt (IMB) in das Areal, um den genauen Standort zu eruieren.¹⁴⁵ Schließlich konnte das MfS einen verlassenen, auf einer Anhöhe gelegenen Bunker als genauen Standort lokalisieren und ließ zwischen den monatlichen Sendungen den Tatort auf Spuren hin untersuchen. Während der nächsten Sendung machte die Hauptabteilung III Videoaufnahmen aller Verdächtigen im Areal der Bunkeranlage, was der Identifizierung der Täter diente. Außerdem sollten die vor Ort eingesetzten inoffiziellen Mitarbeiter die Kennzeichen aller in der Nähe parkenden Pkw notieren. Andere IM besuchten just zum Zeitpunkt der angekündigten Sendungen die für eine direkte Beteiligung am Sendebetrieb in Frage kommenden KPD/ML-Aktivisten in Westberlin, um weitere Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, wer zu den unmittelbar Verantwortlichen zählte.¹⁴⁶ Insgesamt wurden neun IM hierfür eingesetzt; ab Oktober 1983 kamen auch besonders ausgebildete Kräfte der für Beobachtungen und Ermittlungen zuständigen Hauptabteilung VIII/6 in Westberlin zum Einsatz.¹⁴⁷ Diese sollten auch die Wohnung desjenigen KPD/ML-Funktionärs beobachten, in dessen Appartement die Staatssicherheit das Lager des Sendeapparates zwischen den Sendungen vermutete.¹⁴⁸

Im August 1983, also schon nach der vierten Sendung, hatte das Mielke-Ministerium die Verantwortlichen aus den Reihen der KPD/ML identifiziert. Solange das MfS noch davon ausging, daß die Sendungen von DDR-Bürgern praktisch nicht gehört wurden, wollte es offensichtlich außer der präzisen Aufklärung auf weitergehende "Offensivmaßnahmen" verzichten.¹⁴⁹ Erst im Dezember 1983 erreichte das Ministerium die Information, daß erstmals ein DDR-Bürger eine der Sendungen verfolgt hatte. Zu dieser geringen Öffentlichkeitswirkung hatte auch das MfS seinen Beitrag geleistet, hatte es doch, wie geschildert, das Einschleusen von KPD/ML-Flugblättern (die Hinweise auf Zeitpunkt und Frequenzen der Sendungen enthielten) mittlerweile vollständig gestoppt. Und die vermutlich einzigen beiden Anhänger der "Sektion DDR", die von der Partei direkt über den Sendebetrieb unterrichtet wurden, waren inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit.¹⁵⁰

¹⁴⁵ Vgl. Vorschlag des Leiters der Abteilung vom 23.6.1983 für die Durchführung von Offensivmaßnahmen zur Störung der Vorbereitung des sogenannten 5. Parteitages der "KPD"; BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 288–292; BStU, ZA, AIM 255/91 Bd. 2.

¹⁴⁶ Vgl. Information 277/328/83 der Abteilung XXII vom 8.7.1983; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 203–206. Verantwortlich hierfür war die HA III. Sie führte die Aufnahmen vom nahegelegenen Ostberliner Territorium aus mit Hilfe ihrer Spezialtechnik durch.

¹⁴⁷ Vgl. Information 312/331/83 der Abteilung XXII vom 30.8.1983 zum Stand der Bearbeitung des illegalen Senders der "KPD"; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 176–197.

¹⁴⁸ Vgl. Information 320/332/83 der Abteilung XXII vom 9.9.1983 zum Stand der Bearbeitung des illegalen Senders der linksextremen-pseudorevolutionären "KPD"; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 148–155.

¹⁴⁹ Vgl. Information 203/322/83 der Abteilung XXII vom 5.8.1983 zum Stand der Bearbeitung des illegalen Senders der "KPD"; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 185–187.

¹⁵⁰ Vgl. Eröffnungsbericht der Abteilung XXII/3 zum OV "Sender" vom 28.3.1984; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 22–28.

Bei der Bearbeitung des "Radio Roter Stachel" kam dem Mielke-Ministerium zugute, daß der Piratensender der KPD/ML, von der Deutschen Bundespost nicht lizenziert, nach den gesetzlichen Regelungen im Westen eigentlich gar nicht betrieben werden durfte. Ab September 1983 suchte daher nicht nur das MfS, sondern auch der Westberliner Funkkontroll- und Meßdienst (FuKMD) nach dem genauen Senderstandort; Einsatzwagen der Berliner Polizei hielten sich zum Eingreifen im Bereich Humboldthain bereit.¹⁵¹ Zum Zeitpunkt der nächsten angekündigten Sendung am 3. Oktober 1983 waren dann Kräfte beider Seiten, West und Ost, im Humboldthain auf den Beinen – indes vergeblich, weil den KPD/ML-Aktivisten die umfassenden Suchmaßnahmen schon während der vorangegangenen Sendung aufgefallen waren. Als Standort für die Oktober-Sendung hatten sie daher den Viktoriapark im Westberliner Bezirk Kreuzberg gewählt. Wegen der dortigen Wohnbebauung und wegen des größeren räumlichen Abstandes zum intendierten Hörerkreis waren die Sendungen jetzt allerdings in Ostberlin akustisch kaum mehr verständlich.¹⁵² Im Dezember 1983 und Januar 1984 bevorzugte die KPD/ML dann wieder ihren alten Senderstandort im Humboldthain; im Februar wick sie abermals nach Kreuzberg aus.¹⁵³

Für das MfS verkomplizierte sich die Bearbeitung des illegalen Piratensenders, als auch noch das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der DDR von der Sache Wind bekam – das Zentralkomitee der SED hatte offensichtlich eine entsprechende Anfrage an das Ministerium gerichtet. Formal mußte die Staatssicherheit die Behörde im Januar 1984 an der Peilung des Senders beteiligen, behielt aber selbst alle Fäden in der Hand (und entschied beispielsweise allein darüber, ob – und wenn ja, welche Informationen das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen an das Zentralkomitee der SED zu leiten hatte).¹⁵⁴ Mielke entschied letztlich (entgegen eines Vorschlags von Neiber), nicht dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen diese Aufgabe zu überlassen, sondern persönlich das Zentralkomitee der SED über die Existenz des Piratensenders zu unterrichten.¹⁵⁵

Damit der illegale Sender nicht noch weitere Wellen schlagen würde, entschloß sich das MfS vermutlich in den ersten Januartagen des Jahres 1984 dazu, den Sendebetrieb nicht länger zu dulden. Hierzu schlug Neiber nunmehr eine Reihe von offensiven Maßnahmen vor: Zunächst sollten die IM in der "Sektion DDR" die Parteiführung der KPD/ML dazu bewegen, den Sender "Radio Roter Stachel" einzustellen oder das Programm weniger ansprechend zu gestalten.¹⁵⁶

¹⁵¹ Vgl. Information G/18571/07/09/83 vom 7.9.1983; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 156–159.

¹⁵² Vgl. Information G/23248/08/11/83 vom 8.11.1983; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 138–143.

¹⁵³ Vgl. Information G/00219/03/01/84 vom 3.1.1984; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 121–128; Information G/02920/07/02/84 vom 7.2.1984; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 59–64.

¹⁵⁴ Vgl. Information des Leiters der HA III vom 22.12.1983; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 107f.; Schreiben von Horst Männchen an Gerhard Neiber o. D.; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 109.

¹⁵⁵ Dies geschah über den Leiter der Abteilung Transport und Nachrichtenwesen des Zentralkomitees, Hubert Egemann. Vgl. Aktenvermerk der Stellvertreters Operativ der HA III vom 3.1.1984; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 104.

¹⁵⁶ Da für die Sendbeiträge auch die ostdeutschen KPD/ML-Anhänger selbst – d.h. die IM der Staatssicherheit – verantwortlich zeichneten, konnte das MfS auch auf die Gestaltung der Sendbeiträge Einfluß nehmen.

Neiber dachte aber auch daran, die IM der Abteilung mit dem Diebstahl oder der Zerstörung der Sendeanlagen zu beauftragen.¹⁵⁷ Auch sollte das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen bei dem Westberliner Senat, der bundesdeutschen Post oder auch den französischen Alliierten (in deren Sektor der Humboldthain lag) wegen Nichtabstimmung von Sendefrequenzen energisch protestieren. Würde auch dies keine Wirkung zeigen, "ist die physische Vernichtung vorzubereiten". Der Leiter der Hauptabteilung III, Horst Männchen, spielte offenkundig mit dem Gedanken, die Sendeanlage im Humboldthain mit einer Sprengstoffladung zu zerstören. Die verwendeten Bauteile sollten ausschließlich westlicher Machart sein, um keinen Tatverdacht auf die DDR fallen zu lassen. Die Zündung sollte ferngesteuert oder automatisch bei Inbetriebnahme des Senders erfolgen.¹⁵⁸ Die Betreiber des Senders hätten sich dabei zwangsläufig in unmittelbarer Nähe der Detonation befunden und wohl schweren körperlichen Schaden genommen bzw. wären womöglich gar getötet worden. Doch selbst davor schreckte der Staatssicherheitsdienst in seiner Aversion gegenüber einem politisch streng genommen unbedeutenden Gegner nicht prinzipiell zurück.

Während das MfS entsprechend diesem Stufenplan schon ein Protestschreiben des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen vorbereitete, wurde der Westen ebenfalls aktiv – ob dem ein Zutun östlicherseits vorausging, weisen die bisher aufgefundenen Unterlagen nicht aus. Jedenfalls versuchte der Westen während der Sendung vom 6. Februar 1984 angestrengt den Standort des Piratensenders zu lokalisieren. Dies gelang zwar nicht, weil die KPD/ML abermals nach Kreuzberg ausgewichen war, doch entsprach das Vorgehen der Westberliner Behörden unbeabsichtigterweise genau den Intentionen des MfS, das deswegen auf einen förmlichen Protest wie auch auf die geplanten "offensiven Maßnahmen" verzichten konnte. Dies erlaubte, den "eleganteren" Weg zu beschreiten, das heißt mit Hilfe der IM die KPD/ML-Führung dazu zu bewegen, den Sendebetrieb einzustellen.¹⁵⁹ Die IM hatten der Parteileitung im Westen auf Geheiß des MfS schon seit Monaten suggeriert, daß die Sendungen nur undeutlich zu empfangen seien, die Nachrichten inhaltlich veraltet wären und aufgrund des westlichen Sprachduktus für jeden Hörer erkennbar sei, daß der Sender nicht, wie behauptet, innerhalb der DDR betrieben werde. Zusammen mit den Fahndungsmaßnahmen der Deutschen Bundespost gab dies für die KPD/ML den Ausschlag, den Sendebetrieb schließlich einzustellen.¹⁶⁰ Zudem

¹⁵⁷ Vgl. Information der Abteilung XXII vom 4.1.1984 zum Stand der Bearbeitung des illegalen Senders der linksextremistisch-pseudorevolutionären "KPD"; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 76–88. Mielke hat diese Vorschläge mit Neiber diskutiert; für welche Variante er letztlich votierte, ist nicht ersichtlich. Schreiben Gerhard Neibers an Erich Mielke vom 4.1.1984; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 74.

¹⁵⁸ Varianten- und Stufenplan des Leiters der HA III zum weiteren Vorgehen gegen den Sender "Roter Stachel" vom 23.1.1984; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 67–69.

¹⁵⁹ Vgl. Information der Abteilung XXII vom 8.2.1984 über die erneute Ausstrahlung einer Sendung des illegalen Senders der "KPD" sowie zur nächsten Etappe der politisch-operativen Bearbeitung; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 54–56; Schreiben von Harry Dahl an Gerhard Neiber vom 8.2.1984; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 53.

¹⁶⁰ Die Sendung vom Februar 1984 jedenfalls war das letzte Lebenszeichen des "Radio Roter Stachel". Vorsorglich ließ die Staatssicherheit auch noch zwei Monate später die für die Sendungen bisher verantwortlichen KPD/ML-Aktivisten in Westberlin zum vermuteten Zeitpunkt der weiteren Sendungen durch Kräfte der HA VIII/6 "unter operative Kontrolle" stellen. Information der Abteilung XXII vom

hoffte die Aust-Partei bei ihren Bemühungen um die Freilassung der Inhaftierten die förmliche Unterstützung der Bundesregierung zu erhalten und verstand das Schicksal der einsitzenden Parteiaktivisten auch zunehmend als eine Art Faustpfand, mittels dessen der Staatssicherheitsdienst sie zu wohlgefälligem Verhalten zwingen wolle.

4.7 Abschluß der Bearbeitung

Nachdem der Sender abgeschaltet war und die KPD/ML sich nach 1984 weiterer öffentlichkeitswirksamer Aktionen enthielt, konnte der Staatssicherheitsdienst endgültig die aus seiner Sicht erfolgreiche "Abwehr" der "Feindtätigkeit" konstatieren. "Operativ zu beachten ist," so die Einschätzung des MfS im Jahre 1986, "daß durch geeignete politisch-operative und strafrechtliche Maßnahmen die 'Sektion DDR' 1981 zerschlagen wurde. Die aus der Sicht der KPD existierenden Stützpunkte bestehen aus IM bzw. werden durch IM unter operativer Kontrolle gehalten."¹⁶¹ Mielke, der die Angelegenheit zur Chefsache erklärt hatte, zeigte sich mit der Leistung seiner Mitarbeiter zufrieden: "Bisherige operative Arbeit wurde gut geführt. Anerkennung aller Genossen" ließ er über seinen Stellvertreter Neiber die Mitarbeiter der Abteilung XXII in einer Dienstkonferenz wissen.¹⁶²

Die intensive Aufklärung brachte für das Ministerium die Erkenntnis mit sich, daß bei der KPD/ML – trotz ihrer militanten Rhetorik und ihrem Versuch, subversiv auf die DDR einzuwirken – "die Gewaltkomponente [...] nur eine untergeordnete Rolle"¹⁶³ spielte und die Zuständigkeit der Abteilung XXII, die eigentlich für die "Abwehr von Terrorismus" verantwortlich zeichnete,¹⁶⁴ streng genommen nicht sinnvoll war. Gemäß Befehl 17/79, so Neiber, bestehe "erst dann eine spezielle Verantwortlichkeit der Abteilung XXII, wenn die Gewaltkomponente konkret erkennbar ist. [...] Vorrangig geht es hier [je]doch um politisch-ideologische Diversion, KP/KT [Kontaktpolitik/Kontaktstätigkeit], politischer Untergrund."¹⁶⁵

24.5.1984 zum Stand der Bearbeitung des illegalen Senders der "KPD"; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 6–8. Gegen eine etwaige Wiederaufnahme des Sendebetriebs leitete die Abteilung XXII/3 außerdem präventiv den OV "Sender" ein. Operativplan der Abteilung XXII/3 zum OV "Sender" vom 26.3.1984; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 17–21; Eröffnungsbericht der Abteilung XXII/3 zum OV "Sender" vom 28.3.1984; BStU, ZA, Neiber 93, Bl. 22–28. Zwei Jahre später fand die Idee eines Piratensenders für Ostberlin noch einmal Nachahmer in der Kreuzberger autonomen Szene ("Schwarzer Kanal"). In diesem Fall behalf sich das MfS mit dem Einschalten eines Störsenders. Vgl. Rüdtenklau: Außenpolitische Kontakte, S. 34.

¹⁶¹ Einschätzung der Abteilung XXII/3 über linksextremistisch-pseudorevolutionäre und trotzkistische Kräfte des Operationsgebietes vom 3.1.1986; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd. 1, Bl. 181–185. Siehe auch Bericht vom 1.12.1982.

¹⁶² Schreiben Gerhard Neibers an Erich Mielke vom 26.10.1983 [mit handschriftlichen Notizen Mielkes]; BStU, ZA, Neiber 91, Bl. 229.

¹⁶³ Vermerk [vermutlich von Gerhard Neiber] über eine Absprache mit Rudi Mittig vom April 1981; BStU, ZA, Neiber 92, Bl. 7 und 9.

¹⁶⁴ Vgl. Wunschik: Hauptabteilung XXII, S. 5–13.

¹⁶⁵ Aktennotiz [vermutlich von Gerhard Neiber, Gerhard Plomann oder Harry Dahl] zur Bearbeitung der KPD/ML o. D. [vermutlich 1981]; BStU, ZA, Neiber 92, Bl. 10–12 (Hervorhebung im Original). Der u. U. mißverständliche MfS-Terminus der "Federführung" bedeutete in diesem Fall, daß der Abteilung XXII eine Art "Regieführung" innerhalb des Ministeriums zugefallen war, sie jedoch – grob geschätzt – höchstens ein Drittel der operativen Tätigkeit selbst durchführte. Die Vollmacht, wichtige Entscheidungen zu treffen, lag

Auf der Leitungsebene wurde daher entschieden, die Bearbeitung der Partei zukünftig der Hauptabteilung XX und der HV A schwerpunktmäßig zu übertragen; auch die ZAIG willigte in die Neuverteilung der Verantwortlichkeiten ein. In diesem Sinne wurde dann auch eine Neufassung des erwähnten Befehls 17/79 erarbeitet, allerdings vermutlich nicht förmlich in Kraft gesetzt.¹⁶⁶ Mit der 1985 erstellten "Feindobjektliste" (GVS 4/85) wurde dann präzise festgelegt, welche Diensteinheit des MfS fortan für die Bearbeitung welches "Feindobjektes" zuständig sein sollte. Der HV A II oblag von nun an die Bearbeitung der KPD/ML der Bundesrepublik, während die Abteilung XXII/3 federführend die Reste der "Sektion DDR" kontrollieren sollte.¹⁶⁷ Da diese Organisation freilich nur noch ein Schatten ihrer selbst war, konnte diese Diensteinheit sich auf die Weiterführung einiger OPK zu besonders "gefährlichen" Parteiaktivisten beschränken; so ließen sich auch operative Mitarbeiter für andere Aufgaben freisetzen.¹⁶⁸ Da die Abteilung XXII/3 ihre bisherige Hauptaufgabe zur Zufriedenheit der MfS-Generalität erfüllt hatte, schwand ihre Existenzgrundlage. Zum 1. September 1986 wurde die Diensteinheit aufgelöst; die wenigen verbliebenen Aufgaben führte die Abteilung XXII/8 (internationaler Terrorismus) fort, allerdings ohne besonderen Aufwand zu betreiben. Im Februar 1989 beendete die Abteilung XXII/8 die "Bearbeitung" der Reste der "Sektion DDR" dann endgültig. Selbstzufrieden stellte sie fest, "die Feindorganisation wurde durch Offensivmaßnahmen des MfS zerschlagen und ist nicht mehr existent".¹⁶⁹

5 Resümee

Zu Beginn der siebziger Jahre erfaßte die im Westen überaus virulente Theoriediskussion der "Neuen Linken" auch einige Bürger der DDR. "In der Bundesrepublik", so beschreibt Jan Faktor diese Situation, "wurden in großen Mengen linke politisch-theoretische Literatur verfaßt, verlegt, gelesen – und von dort natürlich auch in die DDR geschmuggelt. Und die DDR war ein fruchtbarer Boden für diese Theorien und neuen Gedanken. Die linken DDR-Intellektuellen hofften in den siebziger Jahren nicht zuletzt aufgrund dieser Polit-Publizistik immer stärker, daß bald die Zeit käme, in der eine (revolutionäre) Umbruchsituation auch in der DDR entstehen

auch nicht bei ihr, sondern bei dem zuständigen Stellvertreter des Ministers, Gerhard Neiber. Außerdem hat es den Anschein, als hätten in der Frühphase der Bearbeitung Neiber und der zuständige Abteilungsleiter Dahl Mielkes weitreichende und offensive Forderungen zwar zur Kenntnis genommen, sich aus taktischen Gründen aber doch für ein behutsames Vorgehen entschieden.

¹⁶⁶ Vgl. Entwurf eines Befehls zur Aufklärung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung subversiver Pläne, Absichten und Maßnahmen linksextremistischer und trotzkistischer Organisationen, Gruppen und Kräfte; BStU, ZA, Neiber 92, Bl. 3–6 und 8; sowie Stellungnahme des Leiters der Abteilung XXII vom 1.4.1981 dazu; BStU, ZA, Neiber 92, Bl. 1f.

¹⁶⁷ Geheime Verschlusssache 4/85 vom 15.2.1985: Bekämpfung feindlicher Stellen und Kräfte im Operationsgebiet, die subversiv gegen die DDR und andere sozialistische Staaten tätig sind (außer imperialistische Geheimdienste und kriminelle Menschenhändlerbanden); BStU, ZA, DSt 103142.

¹⁶⁸ Zuarbeit der Abteilung XXII/3 zur Planvorgabe des Leiters der Diensteinheit vom 30.10.1985; BStU, ZA, HA XXII 5199, o. Pag.

¹⁶⁹ Beschluß der Abteilung XXII/8 zur Archivierung des OV "Sektion" vom 22.2.1989; BStU, ZA, AOP 2796/89 Bd. 1.

würde. Vorerst waren sie zu rein theoretischer, halb-konspirativer bis konspirativer Arbeit verurteilt. [...] In diesen Zirkeln wurde Marx gelesen und diskutiert, (euro)kommunistische Alternativen erörtert, beschäftigte man sich mit Stalinismus."¹⁷⁰ Das politische Spektrum reichte bis hin zu radikalen Gruppen, insbesondere den Maoisten – wie eben der "Sektion DDR". Sie blieb nicht die einzige Organisation ihrer Art; auch andere Zirkel wurden in ähnlicher Weise von Gruppen der "Neuen Linken" beeinflusst (beispielsweise von der trotzkistisch orientierten Gruppe Internationaler Marxisten/GIM),¹⁷¹ wie überhaupt bestimmte soziale Bewegungen im Westen gesellschaftlichen Protest in Ostdeutschland in analoger, wenn auch meist abgemilderter oder verzögerter Form politisch induzieren konnten (etwa Beatbewegung, Friedensbewegung, Punker etc.).¹⁷² Die "Sektion DDR" ist jedoch insofern eine Einzelerscheinung, weil sie von ihrem Pendant im Westen nicht nur inspiriert, sondern nach den strengen Regeln parteikommunistischer illegaler Arbeit angeleitet wurde.

Die Formierung dieses Zirkels ist aber nicht nur vor dem Hintergrund der "Neuen Linken" in der Bundesrepublik zu sehen. Auch das Auseinanderdriften des sozialistischen Lagers in den siebziger Jahren hatte das ideologische Wahrheitsmonopol der SED brüchig werden lassen. Durch die ideologische Konkurrenz zwischen Peking, Moskau und Tirana über den wahren "Weg zum Sozialismus" gewann die Perspektive einer "Kritik von links" an Bedeutung und an Attraktivität. Daß sich im Nachbarstaat Polen eine starke Arbeiterbewegung (Solidarnosc) gegen den orthodoxen Sozialismus formiert hatte, bestärkte die Anhänger der "Sektion DDR" in der Hoffnung, auch in Ostdeutschland eine revolutionäre Situation herbeiführen zu können.¹⁷³ Die tieferen Ursachen ihres Aufbegehrens lagen natürlich in den politischen Rahmenbedingungen des SED-Staates selbst. Zur Formierung von politischem Protest in der DDR trug sicherlich auch bei, daß sich im Zuge "partieller Modernisierungsprozesse" ein bescheidener politischer Freiraum öffnete bzw. die Verschleißerscheinungen des Staatssozialismus

¹⁷⁰ Jan Faktor: Intellektuelle Opposition und alternative Kultur in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. B 10/1994, S. 30–37 (künftig: Faktor: Intellektuelle Opposition), hier 32.

¹⁷¹ Vgl. Information der ZAIG über staatsfeindliche Aktivitäten von Personen in der Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie in Leipzig vom 14.1.1978; BStU, ZA, ZAIG 2788. Siehe auch Thomas Klein: Widerspruch und abweichendes Verhalten in der SED, in: Enquete-Kommission, Bd. VII/2, S. 1031–1079, hier 1065f.

¹⁷² Zur Übertragung des Interpretationsansatzes der "neuen sozialen Bewegungen" in der Bundesrepublik auf Formen des gesellschaftlichen Protest in der DDR vgl. besonders Hubertus Knabe: Neue Soziale Bewegungen im Sozialismus. Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Nr. 3/1988, S. 551–569, hier 564–567; Jan Wielgohs und Marianne Schulz: Von der illegalen Opposition in die illegale Marginalität. Zur Entwicklung der Binnenstruktur der ostdeutschen Bürgerbewegung, in: Berliner Journal für Soziologie Nr. 3/1991, S. 383–392 und Nr. 1/1992, S. 119–128; Lothar Probst: Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie, Köln 1993, S. 17–41.

¹⁷³ Wie sehr die Hoffnungen der "Sektion DDR" auf einen Aufstand der "Arbeiterklasse" in der DDR in die Irre führten, zeigte sich in der friedlichen Wende von 1989. "In der DDR revoltierten im Herbst 1989 weder die 'Produktivkräfte' gegen die 'Produktionsverhältnisse' noch die 'Arbeiterklasse' gegen die sich vormodern reproduzierende Klasse der 'Staatskapitalisten'; es revoltierte die sich im Proto-, d. h. Atomisierungszustand befindliche Gesellschaft der Individuen gegen das engmaschige Netz von Makro- und Mikromächten, die die Freisetzung von millionenfach schon produzierten autonomen Handlungs- und Urteilsfähigkeiten verhinderten." Wolfgang Engler: Stellungen, Stellungnahmen, Legenden, in: Rainer Deppe, Helmut Dubiel und Ulrich Rödel (Hrsg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt a. M. 1991, S. 48–75, hier 49f.

offenkundig wurden.¹⁷⁴ Dessen "Zugkraft" nach innen ließ in den siebziger Jahren spürbar nach; viele DDR-Bürger stießen sich zunehmend an der Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Sozialismus nach Art der SED. Unzufriedenheit und Kritik artikulierten sich etwa in der Auseinandersetzung mit den Schriften des Regimekritikers Rudolf Bahro (Lesezirkel), in der Ablehnung des 1978 eingeführten Wehrkundeunterrichts oder in der Bausoldaten-Bewegung.

Die Anhänger der "Sektion DDR" hielten jedoch alle diese Varianten von Protest nach Form und Inhalt für zu moderat. Zwar blieben auch die meisten prominenten Dissidenten sozialistischem oder marxistisch-revisionistischem Gedankengut verhaftet,¹⁷⁵ doch die KPD/ML wollte das ideologische Deutungsmonopol des SED-Regimes brechen, um es durch die stalinistisch-maoistische Lehre zu ersetzen und die revolutionäre Dynamik des Regimes wieder in Gang zu setzen – also, wie in anderen "revolutionären" Regimen auch, gleichsam zu den Ursprüngen der Bewegung zurückzukehren. Hoffte die Mehrzahl der Intellektuellen, die von der Parteilinie abwichen, auf Reform oder Transformation des politischen Systems der DDR mit friedlichen Mitteln, kämpfte die "Sektion DDR" verbal für eine "gewaltsame, sozialistische Revolution". Suchte gesellschaftliche Unzufriedenheit ansonsten eher moderat und offen in "alternativen Lebens- und Kulturstilen" ein Ventil,¹⁷⁶ agierte dieser Zirkel subversiv und hochgradig konspirativ (was vielleicht das auffälligste Merkmal im Erscheinungsbild der "Sektion DDR" ist). War den intellektuellen Dissidenten das Leitbild einer deutschen Nation oder gar der Gedanke an eine Wiedervereinigung weitgehend fremd,¹⁷⁷ trugen die Zielvorstellungen der KPD/ML-Aktivistinnen tatsächlich gesamtdeutsche Züge. Hatte gesellschaftlicher Protest in Ostdeutschland später meist den Charakter von "Sammlungsbewegungen, die unter ihrem Dach

¹⁷⁴ Zu diesen und weiteren Erklärungsvarianten vgl. u. a. Helmut Fehr: Informelle Gruppen. Teil-Öffentlichkeiten und kollektive Mobilisierungsprozesse, in: Berliner Debatte Nr. 4/1995, S. 39–50; Hans Joas und Martin Kohli (Hrsg.): Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt a. M. 1993; Karl-Dieter Opp, Peter Voß und Christiane Gern: Die volkseigene Revolution, Stuttgart 1993; Sigrid Meuschel: Legitimation und Parteierrschaft. Zum Paradoxon von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt a. M. 1992; Christoph Kumpf: Faktoren des Zerfalls. Die Regimekrise in der ehemaligen DDR, Frankfurt a. M. 1995; Stefan Bollinger: Konflikte, Krisen und politische Stabilität in der DDR (Hefte zur DDR-Geschichte Nr. 30), Berlin 1996; Wilfried Thaa u. a.: Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus, Tübingen 1992; Detlef Pollack: Das Ende einer Organisationsgesellschaft, in: Zeitschrift für Soziologie Nr. 4/1990, S. 292–307.

¹⁷⁵ Vgl. etwa das grundsätzliche Urteil von Mitter und Wolle: "Die Oppositionsgruppen der achtziger Jahre waren mehr oder weniger deutlich sozialistisch dominiert, oft sogar linksradikal, anarchistisch oder trotzkistisch geprägt. [...] Auch die Symbolfiguren der Opposition wie Robert Havemann, Wolf Biermann, Rudolf Bahro, Stefan Heym und viele andere kritisierten die Realität nicht aus einer Gegnerschaft zur DDR oder zum Sozialismus als System, sondern standen auf dem Standpunkt, sie seien die eigentlichen, wirklichen, echten Marxisten." Armin Mitter und Stefan Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993 (künftig: Mitter/Wolle: Untergang), S. 542.

¹⁷⁶ Vgl. Ulrike Poppe, Rainer Eckert und Ilko-Sascha Kowalczyk: Opposition, Widerstand und widerständiges Verhalten, in: dies.: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR (Forschungen zur DDR-Geschichte, Bd. 6), Berlin 1995 (künftig: Poppe u. a.: Selbstbehauptung), S. 9–26, hier 16 und 25.

¹⁷⁷ Vgl. u. a. Christian Joppke: East German Dissidents and the Revolution of 1989, New York 1995, S. 183–215.

ein breites politisches Spektrum vereinigten", ¹⁷⁸ war in diesem Zirkel nicht Meinungsvielfalt, sondern Parteidisziplin angesagt. Diese Eigenheiten der "Sektion DDR", die auf die politische Ausrichtung der westdeutschen Parteiführung der KPD/ML zurückzuführen sind, wirken angesichts der ideologischen Verwandtschaft zur SED befremdlich.

Ihre in sich geschlossene Weltanschauung gab den Maoisten von der "Sektion DDR" aber auch das notwendige "Rückgrat" für ihre intensive Untergrundtätigkeit, die ja mit einem hohen persönlichen Risiko verbunden war. Ihre erbitterte Gegnerschaft gegenüber den Herrschenden in Rechnung gestellt, erfüllte dieser Zirkel im Spektrum von "politischer Opposition", "weltanschaulicher Dissidenz" und "gesellschaftlicher Verweigerung" ¹⁷⁹ im SED-Staat eindeutig die Kriterien für "politische Opposition" ¹⁸⁰ bzw. gar für "aktiven Widerstand". ¹⁸¹ Ihre Anhänger hatten schließlich nicht, wie die Mehrzahl der Intellektuellen, eine "tiefsitzende 'Beißhemmung'" ¹⁸² gegenüber dem Staat, sondern kämpften mit Ausdauer und Verve gegen einen übermächtigen Gegner. Allerdings ist der Oppositionsbegriff etwas problematisch, wenn er politische Verfolgung durch das MfS zum ausschlaggebenden Kriterium macht ¹⁸³ und dabei den Akteuren demokratische Gesinnung implizit unterstellt. Deutlich wird am Fallbeispiel der

¹⁷⁸ Mitter/Wolle: Untergang, S. 525. Zu Entwicklung und Ursachen politischer Dissidenz in der DDR (insbesondere in den achtziger Jahren) vgl. besonders Gerda Haufe und Karl Bruckmeier (Hrsg.): Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den neuen Ländern, Opladen 1993; Detlef Pollack (Hrsg.): Die Legitimität der Freiheit. Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche, Frankfurt a. M. 1990; Hubertus Knabe (Hrsg.): Aufbruch in eine andere DDR, Hamburg 1989; Gerhard Rein (Hrsg.): Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen neuen Sozialismus, Berlin 1989; Uwe Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, Opladen 1990; Walter Euchner (Hrsg.): Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich, Göttingen 1993; Wolfgang Büscher, Peter Wensierski und Klaus Wolschner (Hrsg.): Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978–1982, Hattingen 1982.

¹⁷⁹ Richard Löwenthal: Widerstand im totalitären Staat, in: Richard Löwenthal und Patrick von zur Mühlen: Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Bonn 1990, S. 11–24. Siehe auch den Versuch von Kowalczuk, vier Grundtypen und etliche Sonderformen des Widerstandes zu unterscheiden. Ilko-Sascha Kowalczuk: Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, in: Enquete-Kommission, Bd. VII/2, S. 1203–1284, hier 1237–1266.

¹⁸⁰ Die "Sektion DDR" genügt sogar der vergleichsweise restriktiven Definition von Kleßmann, der als politische Opposition im Kontext der DDR "eine zumindest ansatzweise organisierte Form der Abweichung von der herrschenden politischen Linie mit erkennbaren ideologischen und politischen Alternativkonzepten" betrachtet. Christoph Kleßmann: Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. B 5/1991, S. 52–62, hier 52f. Jander bestreitet für die achtziger Jahre die Existenz einer Opposition, unter der er eine "Gruppe von Menschen, die sich bewußt den Sturz des Regimes vorgenommen hat und die diesen Sturz illegal vorbereitet", versteht. Die "Sektion DDR" erfüllt aber genau diese Kriterien (ungeachtet ihrer Erfolgsaussichten). Vgl. Martin Jander: Formierung und Krise der DDR-Opposition. Die "Initiative für unabhängige Gewerkschaften" – Dissidenten zwischen Demokratie und Romantik, Berlin 1996, S. 32.

¹⁸¹ Mit diesem Begriff, so Knabe, "sind – in Aufnahme der Argumente gegen einen übertrieben weit gezogenen Begriffsinhalt – nur solche Handlungen gemeint, die sich, in der Regel konspirativ und unter Eingehung eines großen persönlichen Risikos, diametral und sichtbar gegen die SED-Herrschaft richteten". Hubertus Knabe: Was war die DDR-Opposition? Zur Typologisierung des politischen Widerstandes in Ostdeutschland, in: Deutschland Archiv Nr. 2/1996, S. 184–198, hier 196.

¹⁸² Faktor: Intellektuelle Opposition, S. 31.

¹⁸³ Vgl. die teilweise problematische Anlage dieses Begriffs: "Opposition is whatever the party leadership takes action against at any given moment." Roger Woods (Hrsg.): Opposition in the GDR under Honecker 1971–1985, London 1986, S. 18.

"Sektion DDR" nämlich, daß fundamentale Gegnerschaft gegenüber den SED-Machthabern und entsprechende Reaktionen der Geheimpolizei nicht automatisch mit demokratischer Gesinnung oder zumindest emanzipatorischen Bestrebungen einhergehen mußte. Die Repressionen des Herrschaftsapparates konnten sich eben auch gegen eine Gruppierung richten, deren Weltanschauung auf dem Marxismus-Leninismus basierte und in dessen maoistischer Interpretation vielleicht sogar "links" von der SED stand. Aufgrund der geistigen Verwandtschaft der Kontrahenten trägt die Verfolgung von Altstalinisten (KPD/ML) durch Poststalinisten (SED) sogar gewisse Züge einer kommunistischen Säuberungswelle. Bei der kritischen Würdigung¹⁸⁴ ihrer Aktivitäten ist den Anhängern der "Sektion DDR" freilich zugute zu halten, daß sie unter den Rahmenbedingungen der SED-Diktatur zu agieren hatten und "oppositionelle Stellungnahmen in einem totalitären System nicht zum Nennwert zu nehmen sind".¹⁸⁵

Da von der "Sektion DDR" mitnichten eine Gefahr für das SED-Regime ausging und die Gruppierung auch keinen nennenswerten Rückhalt in der Bevölkerung fand, hätte das Mielke-Imperium den Aktivitäten der KPD/ML eigentlich mit Gelassenheit begegnen können. Doch selbst der Widerstand dieser politisch marginalen Gruppe wurde, insoweit charakteristisch für totalitäre und autoritäre Staaten, als Systembedrohung aufgefaßt. Dabei wurden die Aktivitäten der "Sektion DDR" zum Teil erst dadurch möglich, daß sich das MfS aufgrund taktischer Überlegungen lange Zeit auf das Ausforschen der Organisation beschränkte. Die spätere Auflösung des "Feindobjekts" zeigt exemplarisch, wie der Staatssicherheitsdienst seine Methoden, von der "Beobachtung" bis zur "Zersetzung", schulbuchmäßig zur Anwendung brachte. Selbst die KPD/ML, deren geheimbündlerische Tendenzen besondere Vorsichtsmaßnahmen gegen Geheimdienste hervorbrachten, unterschätzte das taktische Geschick und die systematische Arbeitsweise des MfS. Auch wenn der Mielke-Apparat in den achtziger Jahren seine Methoden "verfeinerte" und die Prophylaxe gegen politische Opposition anstelle undifferenzierter Repression immer größeres Gewicht erlangte,¹⁸⁶ ging er in diesem Fall, wo es ihm erforderlich zu sein schien, sehr offensiv vor und setzte auch kompromittierende Methoden ein. Ausschlaggebend dafür waren wohl die subversiven Intentionen und die militante Rhetorik der "Sektion DDR" sowie nicht zuletzt der fehlende Rückhalt der KPD/ML im Westen. Weil sie sich gar nicht darum bemühte, bei ihren Protesten den engen Spielraum für legales Vorgehen einzuhalten, bot sie dem Staatssicherheitsdienst auch reichlich Angriffsfläche.

¹⁸⁴ Vgl. hierzu u. a. Markus Meckel: Aufbrüche, in: Meckel/Gutzeit: Opposition, S. 25–78; Peter Steinbach: Widerstand aus sozialphilosophischer und historisch-politologischer Sicht, in: Poppe u. a.: Selbstbehauptung, S. 27–67.

¹⁸⁵ "Sei es", so Jesse, "daß aufgrund der öffentlichen Repression taktische Elemente einfließen, sei es, daß aufgrund des lebendigen Meinungs-austausches in einer parlamentarischen Demokratie frühere Positionen [nach der "Wende"] schnell ad acta gelegt werden können." Eckhard Jesse: Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Enquete-Kommission, Bd. VII/1, S. 987–1030, hier 1023.

¹⁸⁶ Vgl. Templin u. a.: Umgang des Staates, S. 1694. Für eine allgemeine Systematik der Repression vgl. Wolfgang Schuller: Repression und Alltag in der DDR, in: Deutschland Archiv Nr. 3/1994, S. 272–276.

Dem Einsatz des geheimpolizeilichen Apparates waren kaum Grenzen gesetzt, weil die "Sektion DDR" sich nicht in andere oppositionelle Kreise eingereiht hatte. Weder die westdeutsche noch, soweit vorhanden, die ostdeutsche Öffentlichkeit stellten sich an ihre Seite.¹⁸⁷ Außerdem stand die "Sektion DDR" nicht, wie viele andere oppositionelle Kreise, unter dem partiell wirksamen Schutz kirchlicher Institutionen. Letztlich zeigt das Beispiel der "Sektion DDR" also auch, warum das MfS sich bei der "Bearbeitung" von prominenteren Oppositionellen meist auf das Ausforschen und auf subtilere Formen der Einflußnahme beschränkte und welche rigiden Maßnahmen es gleichwohl jederzeit zur Anwendung bringen konnte.

¹⁸⁷ Die implizite Rücksichtnahme des MfS auf die öffentliche Meinung schlug sich dann in der unterschiedlichen Behandlung von westdeutschen und ostdeutschen Parteiaktivisten nach einer Verhaftung nieder. "Je unbekannter und isolierter Personen waren, um so leichter fiel es, sie hemmungslos zu bearbeiten." Templin u. a.: Umgang des Staates, S. 1697.

Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgruppe
AIM	Archivierter IM-Vorgang bzw. archivierter IM-Vorlauf
AOP	Archivierter Operativer Vorgang
AOPK	Archivierte Akte einer Operativen Personenkontrolle
AP	Allgemeine Personenablage
ASt	Außenstelle
AU	Archivierter Untersuchungsvorgang
AUD	Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher
AZI	Archivierte Akte eines Zelleninformators
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BV	Bezirksverwaltung
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DSt	Dokumentenstelle
EFP	Europäische Förderalistische Partei
FDP	Freie Demokratische Partei
GIM	Gruppe Internationaler Marxisten
GRF	Gruppe Rote Fahne
HA	Hauptabteilung
HV A	Hauptverwaltung A (Aufklärung)
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung
KP	Kommunistische Partei
KPD/ML	Kommunistische Partei Deutschlands – Marxisten-Leninisten
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
OM	Operatives Material
OPK	Operative Personenkontrolle
OV	Operativer Vorgang

SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
VSP	Vereinigte Sozialistische Partei
WAV	Wirtschaftsliche Aufbau-Vereinigung
ZA	Zentralarchiv
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZK	Zentralkomitee